

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierspaltige Petitzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Vergnügungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der Kampf in der Nürnberger Bleistiftindustrie.

Ende September ist nach mehr als einwöchiger Dauer ein Kampf in der Nürnberger Bleistiftindustrie beendet worden, der in mehr als einer Beziehung bemerkenswert ist und deshalb auch nachträglich noch eine Besprechung an dieser Stelle rechtfertigt. Nürnberg ist der Sitz der deutschen Bleistiftindustrie, die, abgesehen von einer Fabrik in Regensburg, ausschließlich hier und in der nächsten Umgebung vertreten ist. Die Industrie beschäftigt insgesamt rund 3000 Arbeiter, darunter etwa zur Hälfte Frauen und Mädchen. Für die Bleistiftfabrikation kommen hauptsächlich 11 größere Fabriken in Betracht, die je mehr als 50 Arbeiter beschäftigen. 4 von diesen Fabriken beschäftigen mehr als 200 Personen. Außerdem wurden bei der Gewerbebefragung im Jahre 1907 noch 6 Betriebe mit 11 bis 50, 4 Betriebe mit 6 bis 10 beschäftigten Personen und neben 113 Kleinbetrieben noch 16 Werkstätten mit weniger als 6 beschäftigten Personen gezählt.

Die Nürnberger Bleistiftindustrie ist also in der Hauptsache Großbetrieb, der für den Weltmarkt produziert. Als Konkurrenten kommen für sie hauptsächlich einige Fabriken in Oesterreich und in Amerika in Betracht. Das Geschäft ist recht lukrativ. So verteilt z. B. das in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Unternehmen vormals Johann Faber seit einer Reihe von Jahren regelmäßig 15 Proz. Dividende. Die in Privatbesitz befindlichen Fabriken brauchen ihren Geschäftsbericht nicht zu veröffentlichen, aber es ist bekannt, daß sie ihren Besitzern eine glänzende Rente abwerfen. In einer weniger glücklichen Lage befinden sich die Arbeiter der Bleistiftindustrie. Infolge der weitgehenden Arbeitsteilung hat die Frauenarbeit in der Industrie stark Eingang gefunden und dieser Umstand hat dazu beigetragen, das Lohnniveau recht niedrig zu halten.

Seit längerer Zeit hat sich unser Holzarbeiterverband mit steigendem Erfolge bemüht, unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Bleistiftindustrie Anhang zu gewinnen, und die Folgen der Organisationslosigkeit blieben nicht aus. Schon im Jahre 1906 konnte damit begonnen werden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Bleistiftindustrie vertraglich zu regeln. Der erste Vertrag wurde mit der Firma H. C. Kurz abgeschlossen und im Jahre 1908 erfolgte der Vertragsabschluss bei den Firmen F. S. Städtler und Schwanhäuser. In diesem Frühjahr liefen die Verträge ab; zunächst am 15. Mai der mit der Firma Kurz. Kurz zuvor waren Verträge abgeschlossen worden mit den Firmen H. Krämer und W. Städtler und die hier vereinbarten Bedingungen wurden auch von der Firma H. C. Kurz anerkannt. Da auch die Firma Weitenfelder u. Comp. diesen Vertrag akzeptierte, war die Bewegung für 4 Bleistiftfabriken auf friedlichem Wege in zufriedenstellender Weise erledigt.

Zum 1. Juli liefen die Verträge mit den Firmen Schwanhäuser und F. S. Städtler ab. Man durfte hier um so eher auf eine friedliche Verständigung hoffen, als besonders bei der Firma Schwanhäuser, Herr Dr. Eduard Schwanhäuser, schon vielfach als Sozialpolitiker in die Öffentlichkeit getreten ist. Hier aber, wo er die beste Gelegenheit gehabt hätte, praktische Sozialpolitik zu treiben, versagte er. Das Verhalten des Herrn Dr. Eduard Schwanhäuser während der Dauer der Bleistiftarbeiterbewegung hat gezeigt, daß das Mißtrauen, welches die Arbeiterschaft instinktiv den bürgerlichen Herrschaften entgegenbringt, die Sozialpolitik als Sport betreiben, nicht ganz unbegründet ist.

Herr Dr. Schwanhäuser hatte sich bereit erklärt, den mit den vier erwähnten Firmen abgeschlossenen Vertrag auch für seinen Betrieb anzuerkennen, aber nur unter der Voraussetzung, daß der Holzarbeiterverband sich verpflichte, den gleichen Tarif auch sofort bei der Firma Johann Faber durchzusetzen, die ihm die schärfste Konkurrenz bereitet. Unter den gegebenen Verhältnissen bedeutete eine derartige Verpflichtung einen Streik bei Johann Faber, der den Gebr. Schwanhäuser um so angenehmer gewesen wäre, als ja auf diese Weise ihr Betrieb keine Störung erlitten hätte. Der Klugheit des „Sozialpolitikers“ Schwanhäuser machte dieser Vorschlag alle Ehre, unsere Kollegen waren jedoch damit nicht gedient. Sie erklärten, daß sie zunächst einmal die Arbeitsbedingungen bei der Firma Schwanhäuser einer Regelung unterziehen wollten. Damit war aber wiederum der Fabrikant nicht einverstanden; er fand nun plötzlich, daß der mit den genannten vier Firmen abgeschlossene Tarif „überspannt“ sei. Um dessen Durchführung in seinem Betrieb zu ver-

hüten, wurde sogar die alte Gegnerschaft zur Konkurrenzfirma Johann Faber hintangestellt und Herr Dr. Eduard Schwanhäuser stellte sich unserem Verband in einem längeren Schreiben als Sachwalter der vier größten Nürnberger Bleistiftfabriken vor, die es ablehnen, in die geforderte Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu willigen. Sie erklärten sich zwar bereit, Mindestlöhne zu bewilligen, jedoch standen die vorgeschlagenen Sätze weit unter denen, die die vier vorerwähnten Fabriken bewilligt hatten. Dabei wollten sich die Herren noch vorbehalten, mit den älteren Arbeitern besondere Abmachungen zu treffen.

Es ist klar, daß, wenn unsere Kollegen nicht auf eine Besserung der Arbeitsbedingungen in den vier kapitalträchtigsten Firmen verzichteten wollten, es zum Kampfe kommen mußte. Die Herren bauten auf die Größe ihres Geldsackes; sie trauten den Arbeitern nicht zu, daß sie es wagen würden, die Durchführung ihrer Forderungen zu erzwingen. Von diesem Gedanken ließ sich auch der Direktor der Firma Joh. Faber leiten, als er bei den Verhandlungen kategorisch erklärte: „Es gibt nichts weiter, das ist unser letztes!“ Das war am 5. Juli und am 6. Juli stand der Betrieb von Johann Faber still. Das hatten die Fabrikanten am allerwenigsten erwartet, daß wir den Kampf gerade in diesem Betriebe eröffnen würden. Hatte man doch noch kurz zuvor über die Schwäche der Organisation gerade bei der Firma Faber gespottet. Nicht ganz ohne Grund, denn die Organisation hatte hier erst in der letzten Zeit eine wesentliche Stärkung erfahren. Aber die Kollegen waren von der Notwendigkeit, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, so durchdrungen, daß sie eine glänzende Disziplin an den Tag legten. Auf die Mitteilung, daß der Streik beschlossen sei, kehrten circa 600 Frauen und Mädchen und etwa 300 Männer, die morgens zur Arbeit antreten wollten, wieder um. Der Betrieb von Johann Faber war stillgelegt!

Nachdem sich die Firmen Schwanhäuser, F. S. Städtler, Joh. Faber und Joh. Fröschers (Thra-Bleistiftfabrik) solidarisch erklärt hatten, mußte ja nun mit der Aussperrung gerechnet werden. Um fatalsten dürfte diese Alternative dem „Sozialpolitiker“ Dr. Schwanhäuser gewesen sein. Der Streik bei der Firma Johann Faber, den er aus Konkurrenzrücksichten herbeigewünscht hatte, war nun da, aber durch die Abmachungen, die er mit seinen Konkurrenten getroffen hatte, war er gehindert, von der günstigen Konjunktur Gebrauch zu machen. Um die drohende Aussperrung zu verhüten, versuchten Regierungsrat Kröllner und Rechtsrat Wagner noch eine Vermittelung. Diese schlug jedoch fehl, denn die Fabrikanten verlangten als Vorbedingung für die Ausnahme von Verhandlungen die Bedingung eines Loses Arbeitsaufnahmepakt bei Johann Faber. Ein Verlangen, dem natürlich nicht entsprochen werden konnte. Es wurde also ausgesperrt.

Und nun begann ein seltenes Schauspiel, ein Lohnkampf, der in überwiegendem Maße von Frauen und Mädchen geführt wurde. Etwa 1000 Arbeiterinnen und 800 Arbeiter standen im Kampfe und sie führten ihn in musterhafter Weise durch. Ganz besonders muß die Haltung der Arbeiterinnen rühmend hervorgehoben werden. Den mannigfachen Aufgaben, die bei der Durchführung eines Lohnkampfes zu erfüllen sind, widmeten sie sich mit einem Eifer und einer Hingabe, die vielen Männern als Vorbild dienen konnte. Sie standen ebenso fleißig Streikposten, wie sie sich den Arbeiten auf dem Streikbureau unterzogen. Und wenn man sonst geneigt ist, die Widerstandskraft der Arbeiterinnen bei Lohnkämpfen recht niedrig einzuschätzen, so hat der Streik in der Nürnberger Bleistiftindustrie gezeigt, daß auf unsere Kolleginnen zum mindesten der gleiche Verlaß ist, wie auf die männlichen Arbeiter. Es hat bei dem Streik keine Streikbrecher gegeben, obwohl es an Versuchen, besonders die Arbeiterinnen abwendig zu machen, nicht gefehlt hat. Daß diejenigen, die an der Zuverlässigkeit der Arbeiterinnen im Lohnkampfe zweifelten, eine so angenehme Enttäuschung erlebten, ist vor allem der gründlichen gewerkschaftlichen Schulung zu verdanken, die in Nürnberg geübt wird. Das ist ein Moment von nicht zu unterschätzender Bedeutung, aus welchem wir die notwendigen Lehren ziehen müssen. Die Erfahrungen beim Nürnberger Bleistiftarbeiterstreik zeigen, daß es einen für die Gewerkschaftsarbeit wirklich unerschöpfbaren Boden nicht gibt. Man muß nur mit dem nötigen Ernst und mit nachhalligem Eifer ans Werk gehen, dann wird auch der steinigste Boden Früchte tragen.

Die Tapferkeit, mit welcher unsere Nürnberger Kolleginnen im Kampfe ausgeharrt haben, ist auch gelohnt worden. Es ist ihnen gelungen, in der Bleistiftindustrie Bedingungen zu schaffen, die für alle Branchen in Nürnberg als musterhaft gelten können.

Durch den Vertrag, der bis zum 30. Juni 1914 abgeschlossen ist, wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 58 Stunden reduziert mit der Maßgabe, daß Samstag um 1 Uhr Arbeitsschluß ist. Es wurden Mindestlöhne festgesetzt, die nach Geschlecht und Alter verschieden sind. Sie betragen für männliche Arbeiter von 14 Jahren 21 Pf. und steigen bis 30 Pf., die mit 22 Jahren gewährt werden. Für die Arbeiterinnen steigen die Mindestlöhne von 14 bis 22 Pf. Daneben sind Mindestlöhne für die Arbeiterinnen festgesetzt, die für Arbeiter von 18 bis 18 Jahren 18,75 Mk. pro Woche betragen. Für über 18 Jahre alte männliche Arbeiter betragen sie jetzt 23 Mk. und steigen innerhalb der Vertragszeit auf 25 Mk. Für Arbeiterinnen von 16—18 Jahren beträgt der Mindestlohn 11,50 Mk. Für ältere Arbeiterinnen steigt er von 14 Mk. bis 15,50 Mk. Außerdem sind für Akkord- und Tagelohnarbeiten Lohnzuschläge von 5 bis 10 Proz. vorgesehen, denen am 1. Juli 1912 eine weitere Erhöhung um 5 Proz. folgt.

Alles in allem genommen, bedeutet der Abschluß des Kampfes in der Bleistiftindustrie einen glänzenden Erfolg, der nur der Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegen, ganz besonders aber dem wackeren Verhalten der Kolleginnen zu danken ist. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bleistiftindustrie werden, dessen sind wir gewiß, die Errungenschaften des langen Kampfes zu wahren wissen und wenn, wie zu erwarten steht, die Organisation in dieser Industrie weitere Fortschritte macht, wird es auch gelingen, in den noch rückständigen Betrieben die notwendige Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchzuführen. Aber auch für die Kollegen in den anderen Orten und Branchen sollte der Erfolg in der Bleistiftindustrie ein Anreiz sein, nicht zu erlahmen in dem Wirken für die Ausbreitung unseres Verbandes, in der Verbreitung und der Vertiefung unserer Ideen. Das requirierte Wort der Kleinmütigen: „Es nützt ja doch nichts!“ ist wieder einmal gründlich Lügen gestraft worden. Die Organisation nützt freilich, man muß nur den festen Willen haben, vorwärts zu kommen und seine Pflichten dem Verband gegenüber erfüllen. Dann ist auch unsere Organisation imstande, von ihren Machtmitteln zum Wohle der Kollegen den richtigen Gebrauch zu machen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Dr. Das laufende Jahr, das im Zeichen zunehmender wirtschaftlicher Erholung steht, ist vor allem auch eine Periode der Sammlung der Kräfte, was sich in der wachsenden Konzentration nicht nur in der Warenherstellung, sondern auch auf vielen anderen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ausdrückt. Sammlung der Kräfte — das ist z. B. auch die Parole der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen. Nicht daß in anderen Jahren das Streben nach Festigung und Erweiterung fehlen würde, aber es tritt weniger scharf hervor, als in Erholungsjahren, wie es das laufende Jahr 1910 ist. Weit stärker in die Augen fallend ist allerdings die Konzentrationsbewegung in der Warenherstellung und in der Warenverteilung. Das laufende Jahr hat z. B. in der Montanindustrie schon eine ganze Reihe überaus wichtiger Fusionen, Verschmelzungen, Angliederungen, Interessengemeinschaften und wie sonst die Formen dieser Konzentrationen heißen mögen, gebracht, es hat auch die kartellmäßige Organisation wieder stärker gefördert, als man es vor etwa Jahresfrist noch angenommen hatte. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß die Vergrößerung einzelner Werke und der Zusammenschluß der für sich bestehenden kleineren, mittleren und großen Werke zu Verbänden fast gleichzeitig vor sich geht, obwohl die Bildung von industriellen Riesenunternehmen, wie wir sie bei Velsenkirchen, Deutsch-Luzemburg und Wöhring erleben, das Ende der Kartelle, wie sie bisher in Deutschland üblich waren, bedeuten müssen. Diese Riesenunternehmen sprengen den formell gewissermaßen noch demokratischen Rahmen des Kartells und drängen mit Macht auf die Bildung von Trusts hin. Wenn sich z. B. bei der Erneuerung des Kohlenhändlers so viele Schwierigkeiten zeigen, so hängen diese zum großen Teil gerade mit der Vorherrschaft der Interessen der großen gemischten Betriebe zusammen, denen gegenüber die anderen Werke oft in einem Grade

nachgeben müssen, daß für sie der Nutzen der laxeilmäßigen Organisation bis auf ein Minimum sinkt. Nur im Ausnahmefall oder in der Angliederung an ein Riesenunternehmen resp. in der Neubildung eines solchen findet der mittlere und kleinere Großbetrieb Schutz und Wahrung seiner Interessen. Dieser Prozeß der Bildung von Riesenbetrieben ist daher noch lange nicht abgeschlossen und begünstigt zweifellos die Schaffung eines deutschen Montanlusses.

Die Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands äußert sich vor allem in der Zunahme der Arbeitsgelegenheit für die Mehrzahl aller Gewerbe. Die Beschäftigtenziffer ist seit Monaten stark steigend. Das verhindert allerdings nicht, daß Ausnahmen vorkommen, zu denen unter anderem vor allem auch das Holzgewerbe gehört, in dem sich die Arbeitsgelegenheit in den letzten Monaten nicht so günstig entwickelt hat, als es der durchschnittlichen Besserung des gesamten Beschäftigungsgrades entsprach. Auch im September hat die Beschäftigtenziffer im allgemeinen eine so kräftige Zunahme erfahren, wie in keinem September der letzten drei Jahre. Es liegen zwar noch nicht die abschließenden Ziffern für den Monat September vor, aber auch die Beobachtung der Bewegung an einzelnen Plätzen läßt die überaus günstige Tendenz erkennen. Auch aus der Gestaltung der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt läßt sich auf den rasch wachsenden Bedarf an Arbeitskräften schließen. Die Nachfrage am Arbeitsmarkt war nämlich nach den Berichten der an den „Arbeitsmarkt“ berichtenden öffentlichen Nachweise um 21,23 Proz. höher als im Vorjahr, während die entsprechende Steigerung im Vorjahr nur 14,50 Proz. betrug. 1908 aber hatte der September eine Abnahme der offenen Stellen um 18,45 Proz. gebracht. Und das Jahr 1907 endlich wies im September nur noch die geringe Steigerung der Nachfrage von 2,75 Proz. auf. Wir hatten es also im laufenden Jahre mit einer ganz beträchtlichen Belebung der Nachfrage nach Arbeitern zu tun. Dadurch hat sich auch die Lage des Arbeitsmarktes recht freundlich gestaltet, da das Angebot lange nicht so stark in die Höhe ging wie die Nachfrage. Die Gunst der wirtschaftlichen Lage macht sich ganz besonders seit Juli bemerkbar. Während es damals den Anschein hatte, daß die Erholung nicht so kräftig voranschreiten würde wie im Jahre 1903, welches nach der vorkrieglichen Krise das Erholungsjahr bildete, haben die letzten Monate eine solche Verschiebung gebracht, daß sich der Arbeitsmarkt schon etwas günstiger präsentiert als damals. Freilich muß im Auge behalten werden, daß die herbstliche Gunst schon im Oktober wieder nachzulassen beginnt, nicht im Vergleich zum Vorjahre, aber gegenüber den Sommer- und Herbstmonaten. Mit November aber setzt auf dem Arbeitsmarkt schon die Winterperiode ein, die den Andrang in guten Jahren ebenso wie in schlechten auf eine Höhe hinaufreibt, die immer eine kleinere oder größere Arbeitslosigkeit im Gefolge hat.

Hohe Warenpreise sind auch ein Zeichen des stillen Geschäftsganges. Aber in der Bewegung der Preise nach aufwärts ist das Tempo im letzten wie in

diesem Jahre doch etwas beeinträchtigend rasch. Im vorigen Jahre mußte namentlich die Steigerung der Getreide-, Wehl- und Wolpreife als unvernünftig gekennzeichnet werden, im laufenden Jahre steigen auch schon wieder die Preise der gewerblichen Rohstoffe in einem Grade, als ob wir inmitten einer vollentwickelten Hochkonjunktur wären. Dazu kommen noch die hohen Vieh- und Fleischpreise, unter denen ein großer Teil der Konsumenten empfindlich leidet. Steigen die Warenpreise, verteuert sich der Konsum, so ist es unvermeidlich, daß auch die Arbeiterschaft am höheren Produktionsertrage einen entsprechenden Anteil zu gewinnen trachtet. Andererseits würde die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterbevölkerung eine Beeinträchtigung erleiden. Je mehr und je rascher sich das Niveau der Warenpreise hebt, desto zahlreicher und allgemeiner wird der Preis der Ware Arbeitskraft eine Erhöhung erfahren müssen, soll sie in dem Prozeß der allgemeinen Steigerung der Preise nicht entwertet werden. Man darf sich also nicht wundern, wenn die Lohnbewegungen im laufenden Jahre an Zahl wie an Umfang zunehmen. Verteuert sich doch gleichzeitig noch die Leihrate für Geld, wodurch auf eine Steigerung des Zinsfußes, der dem Kapital am Produktionsprozeß zukommt, hingestrebt wird. Diese Kämpfe um die Preise sind Zeichen der wirtschaftlichen Vorwärtsbewegung und wirken auf die Gesamtarbeiterschaft in der Weise zurück, daß sie immer mehr erkennen, wie nur durch eine immer stärkere Konzentration der gewerkschaftlichen Macht der Anteil der Arbeit am Produktionsertrag gesichert und gesteigert werden kann.

Der internationale Genossenschaftskongreß in Hamburg.

Es ist ein eigenartiges Zusammentreffen, daß zwischen dem internationalen Sozialistenkongreß und dem sozialdemokratischen Parteitag, die beide die Frage des Genossenschaftswesens erörtert haben, ein Kongreß stattgefunden hat, der sich lediglich mit der Genossenschaftsfrage beschäftigte. Während die beiden anderen Tagungen die Genossenschaften in sozialistischer resp. sozialdemokratischer Beleuchtung betrachtet haben, hat sich der Hamburger Tag darauf beschränkt, das Wesen und die Bedeutung des Genossenschaftswesens ohne Rücksicht auf parteipolitische Wirkung in den Vordergrund zu stellen. Dies hob der Präsident des Kongresses, Maxwell, in seiner Eröffnungsrede hervor, indem er ausführte: „Die Hebung der Massen des Volkes, ungeachtet ihres Glaubens und ihrer Parteifarbe, durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß, das ist der Gipfel unserer Wünsche. Uns alle eint ein gemeinschaftliches Ziel, nämlich das Ziel, die Vorteile der kapitalistischen Produktionsweise auch den breiten Schichten der Bevölkerung zuzuführen. Die Zukunft liegt hoffnungsvoll vor uns, denn der genossenschaftliche Gedanke faßt immer tiefere Wurzeln. Wir wollen uns heute wieder geloben, in unserer Verbrüderungsarbeit unentwegt weiterzuarbeiten, wir wollen die Segnungen des Genossenschaftswesens unausgesetzt verbreiten und haben noch sehr viel Neuland zu beackern. Die Verhand-

lungen werden wieder beweisen, daß wir frei von religiösen und politischen Einschränkungen nur die Interessen der großen Volksgemeinschaft im Auge haben und dafür alle Kräfte einzusetzen willens sind.“

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Frage, welche Entwicklung das Genossenschaftswesen in der Gegenwart genommen hat und welche Entwicklungsmöglichkeiten ihm noch in der Zukunft bevorstehen. Speziell handelte es sich um die Konsumgenossenschaften. Der Referent, Dr. Hans Müller aus Zürich, wies einleitend darauf hin, daß die Konsumentenorganisation außer rein wirtschaftlichen Zwecken auch den geistigen Interessen ihrer Mitglieder diene solle. Sodann behandelte er die Frage, inwieweit es sich um die Konsumgenossenschaften. Der Referent, Dr. Hans Müller aus Zürich, wies einleitend darauf hin, daß die Konsumentenorganisation außer rein wirtschaftlichen Zwecken auch den geistigen Interessen ihrer Mitglieder diene solle. Sodann behandelte er die Frage, inwieweit es sich um die Konsumgenossenschaften zu den öffentlichen Angelegenheiten Stellung nehmen sollen resp. dürfen. Es ist die vielumstrittene Neutralitätsfrage der Genossenschaften, in der sich bekanntlich die Ansichten der Genossenschaftler scharf gegenüberstellen. Der Referent ging davon aus, daß die Genossenschaften an die staatliche Rechtsordnung gebunden seien und daß diese Rechtsordnung zu ändern und fortzuentwickeln die Aufgabe der Politik sei. Und da nun die Genossenschaftler ein lebhaftes Interesse daran hätten, die staatliche Rechtsordnung in ihrem Sinne zu beeinflussen, so müßten sie also Politik treiben. „Gefehrt den Fall, daß in einem Staate sich Bestrebungen geltend machten, die darauf abzielen, die Gründung von Konsumvereinen zu verbieten und die bestehenden aufzulösen. Würden wir durch irgendeinen Grundgesetz oder eine verunflügte Erwägung verpflichtet sein, die Hand in den Sack zu legen und abzuwarten, bis unsere Gegner mächtig genug wären, um uns zu massakrieren, die Resultate jahrelanger Arbeit von Millionen von Volksgenossen mit einem Schlag zu vernichten? Ich denke nicht. Ich glaube im Gegenteil, wie wären verpflichtet, mit aller Energie derartige Bestrebungen zu bekämpfen, alles aufzubieten, um eine uns schädigende Veränderung der Rechtsordnung zu verhindern. Aber indem wir so handelten, trieben wir zweifellos Politik. Von einer grundsätzlichen Selbstverpflichtung, uns all und jeder politischen Betätigung zu enthalten, kann also vernünftigerweise nicht die Rede sein. Die politische Abstinenz dürfen wir nicht als einen genossenschaftlichen Grundgesetz proklamieren, denn das wäre unter Umständen genossenschaftlicher Selbstmord!“

Diese Begründung gilt bekanntlich auch für die Gewerkschaften, denn auch die Gewerkschaftler müssen die Politik in einem arbeiterfreundlichen Sinne zu beeinflussen suchen. Die Arbeiter, die sich als Verkäufer ihrer Arbeitskraft in den Gewerkschaften und als Käufer der verschiedenen Waren in den Konsumgenossenschaften organisieren, haben natürlich ein lebhaftes Interesse daran, auf die Stellungnahme des Staates und auf die Gesetzgebung derartig einzuwirken, daß ihre Bestrebungen nicht gehemmt, sondern gefördert werden. Sie müssen also Politik und zwar Arbeiterpolitik treiben. Für die Konsumgenossenschaften kommt noch hinzu, daß einflussreiche Kreise bestrebt sind, die Staats-

Der Redakteur.

Allen Leuten recht getan, Ist eine Kunst, die niemand kann.

Die Richtigkeit dieses Sprichwortes dürfte wohl jeder aus eigener Erfahrung bestätigen können, aber wohl keinem kommt die Unmöglichkeit, allen an ihn herantretenden Wünschen gerecht zu werden, stärker zum Bewußtsein als dem Redakteur, und insbesondere dem Redakteur des Gewerkschaftsblattes. Daß man im Lager der Gegner nicht mit ihm zufrieden ist, grämt ihn weiter nicht, ist es doch vielfach seine Absicht, dort Mißfallen zu erregen. Ihm kann nur daran liegen, im eigenen Lager die Anerkennung zu finden, die ihm die Gemäßer bietet, daß er sich auf dem rechten Wege befindet.

Leicht wird ihm das nicht gemacht. Das große Heer der Verbandsangehörigen, welche ja die berufenen Kritiker des Verbandsorgans sind, bildet insofern eine Gemeinschaft, als die Mitglieder durch die Berufszugehörigkeit und die gleiche Weltanschauung miteinander verbunden sind. Aber in dieser Gemeinschaft gibt es bedeutende Unterschiede, welche durch die verschiedensten Umstände bedingt sind. Das Milieu, in dem das Verbandsmitglied in einem kleinen Ort Süddeutschlands lebt, ist z. B. sehr wesentlich verschieden von dem in der norddeutschen Großstadt. Durch die Umwelt wird aber das Denken und Fühlen des einzelnen erheblich beeinflusst. Dazu kommen die natürlichen Anlagen und Neigungen, das Temperament, der Bildungsgang usw., die begreiflicherweise eine starke Gesinnungsveränderung bedingen und zur Folge haben, daß bei der Beurteilung des gemeinsamen Organs ein sehr verschiedener Maßstab angelegt wird.

Von dem Schriftführer der Zählstelle, der sich große Mühe gegeben hat, einen umfangreichen Bericht zu schreiben und sich nachher ärgert, wenn er sieht, wie der Redakteur sein Werk zusammengestrichen hat, wollen wir nicht reden. Je größer der Verband, desto größer die Zahl der Berichte und die Begünstigung des einen kann nur auf Kosten des anderen erfolgen. Die Aufgabe des Redakteurs muß es da schon sein, einen gerechten Ausgleich zu treffen und ein vernünftiges Verhältnis zwischen der Wichtigkeit der Sache und dem zugewiesenen Raum herzustellen. Daß hierbei Mißgriffe vorkommen können, sei gern zugegeben. Sie sind aber sicher nicht so häufig, wie mancher annimmt, der sich bei Beurteilung der Wichtigkeit einer Sache zu sehr von seinem subjektiven Empfinden leiten läßt.

Ernstler als solche Klagen sind die Kritiken derer zu bezwecken, die sich mit mehr oder weniger Recht befähigt erachten, ein Gesamturteil über das Verbandsorgan zu fällen. Selbstverständlich ist jeder Kritiker von der strengsten Ob-

jektivität seiner Kritik überzeugt. Aber schon der Umstand, daß die Wünsche und Anregungen, die dem Redakteur unterbreitet werden, oft recht weit auseinandergehen, mahnt zur Vorsicht, zumal nicht selten bei näherem Zusehen die eigentliche Veranlassung zu der Kritik unsicher zu erkennen ist. Da ist z. B. ein Kollege, der einen recht geschraubten Stil schreibt. Um seine verwickelten Satzkonstruktionen und eigenartigen Wortgebilde genießbar zu machen, ist manchmal eine Uebersetzung des Gedankens in gewöhnliches Deutsch nicht zu umgehen. Das empfindet der Autor als ein ihm zugesüßtes Unrecht. Er klagt darüber, daß die Zeitung zu eintönig sei, daß die Eigenart des Redakteurs zu stark in Erscheinung trete. Um das Blatt abwechslungsreicher zu gestalten, sollten seiner Meinung nach mehr Mitarbeiter herangezogen werden.

Dieser Wunsch kollidiert aber mit dem eines anderen, der es auffällig findet, daß die Zeitung so häufig Artikel enthält, die gezeichnet sind und dadurch erkennen lassen, daß sie nicht in der Redaktion entstanden sind. Wozu, so fragt er, brauchen wir noch einen Redakteur, wenn wir so viel Geld für Leute ausgeben wollen, die Artikel für unsere Zeitung schreiben?

Ein dritter findet, daß der in der Zeitung angelegene Ton seinem ästhetischen Empfinden nicht immer zuzuge. Das Verbandsorgan meint er, muß sich eine viel vornehmere Sprache angewöhnen, es muß vor allem die Mitglieder erziehen und bilden. Dazu gehört, daß es über die verschiedensten Gebiete des öffentlichen Lebens unterrichtet. Wir müssen den geistigen Horizont der Verbandsmitglieder erweitern. Deshalb dürfen wir neben der speziellen Bewegung unserer Berufsgenossen auch die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen, die Politik, insbesondere die Sozialpolitik, nicht vernachlässigen. Wir müssen der Genossenschaftsbewegung, der Jugend-, der Frauen-, der Antialkoholbewegung und überhaupt allen wichtigen Vorgängen fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit schenken.

Ein vierter meint dagegen, daß wir durch das Verbandsorgan vor allen Dingen agitatorisch wirken müssen. Er ist vielleicht selbst ein eifriger Versammlungsbesucher, dem die Begeisterung, welche kräftige Schlagworte dort auslösen, sehr imponiert und er verlangt deshalb, daß das Verbandsorgan sich derselben Ausdrucksweise bediene. Das Unrecht, das uns täglich zugefügt wird, muß in der Zeitung scharf gegeißelt werden. Man muß die Leser kräftig aufrütteln, das ist der einzige Zweck der Zeitung, alles andere ist Nebenache. Wenn wir uns auf solche agitatorisch wirkende Artikel beschränken, dann werden die Mitglieder der Zeitung auch mit Genug lesen, und ihr Erschrecken kaum erwarten können.

Einem anderen Unzufriedenen paßt die ganze Mischung nicht. Die Entwicklung der Gewerkschaftspresse hat seiner Meinung nach ganz falsche Bahnen eingeschlagen. Auf Politik und Sozialpolitik wird viel zu viel Raum verschwendet. In der Jugendzeit unserer Gewerkschaften haben unsere Zeitungen ganz anders ausgesehen. Da hatten wir einen agitatorisch wirkenden Artikel und der übrige Raum wurde mit der Schilderung der Berufsverhältnisse in den einzelnen Orten und einer ausführlichen Darstellung der geführten Lohnkämpfe ausgefüllt. Damals wurde der Inhalt der Zeitung verschlungen und auf dieses Muster muß man wieder zurückgreifen. Das N-B-G der Gewerkschaftsbewegung muß immer von neuem im Verbandsorgan gelehrt werden.

Dem wird jedoch entgegengehalten, daß wir vorwärts schreiten müssen und auch mit dem Verbandsorgan nicht auf eine längst überwundene Stufe zurückgehen dürfen. Das N-B-G der Gewerkschaftsbewegung muß den neu zufließenden Mitgliedern freilich beigebracht werden; es gibt aber Mittel, die sich hierfür weit besser eignen als das Verbandsorgan. Der Inhalt des Verbandsorgans kann nicht ausschließlich auf das Bedürfnis gewerkschaftlicher Analphabeten zugeschnitten sein, er muß vor allem den Anforderungen fortgeschrittener Verbandsmitglieder angepaßt werden, ihnen muß es Anregung und Belehrung bieten.

Diese wenigen Beispiele, die sich aber noch beliebig vermehren ließen, lassen deutlich erkennen, daß es dem Redakteur eines Gewerkschaftsblattes unmöglich ist, sich ungeschult auf alle diese Stimmen hören und bemüht sein, aus der Fülle der auf ihn eindringenden Anregungen und Wünsche, die selbstverständlich durchweg vom dem ehrlichen Streben diktiert sind, der Sache zu dienen, das Beste herauszuschälen. Der Gewerkschaftsredakteur würde töricht handeln, der sich, in der Meinung es besser zu verstehen, jeder Kritik verschließt. Er muß aber jeden guten Rat und jeden Wunsch, der ihm vorgebracht wird, gründlich daraufhin prüfen, was von der anderen Seite dagegen eingewendet wird. Die vernünftige Rücksichtnahme auf die Kräfte, die von beiden Seiten auf ihn einwirken, hat übrigens von selbst zur Folge, daß sich die Richtung, die der Redakteur einschlägt, in der Diagonale dieser Kräfte bewegt. Aus diesen Darlegungen geht überdies auch hervor, daß die an sich notwendige Kritik nur dann wirklich nützlich wirkt, wenn der Kritiker imstande ist, auch die seiner Ansicht entgegenstehende Gründe gebührend zu würdigen.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Geschäftsstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Nuerbach (E. Seidel), Berlin (Madewitz), Wunde, Colmar i. Elz., Cunnerrsdorf (Sachsen), Dolmenhorst (Wagenfabrik Tönjes), Emden, Eisenberg (Eisenhütten), Feuerbach, Fischen (E. S. Müller), Grohn (Müller), Hameln (Stahlbrunnmattenfabrik Brune), Kaiserlautern (Edel), Laffan in Rom, Demgo (Eimier), Mülhausen i. Elz., Vadersborn, Nadeberg, Reichenberg in Böhmen, Schwerin a. d. Warthe (Genossenschaftstischlerei), Saarbrücken, Segeberg, Stolp in Pommern, Trebbin, Wegefeld (Müller, Moschke, Sievers, Cordes), Weihensee (Genossenschaft), Wilddruff, Zerbst (Wuchert), Ziegenhals.
- Nissenmählern nach Berlin.
- Maschinenbauern nach Berlin (Madewitz), Vorna bei Leipzig, Coblenz (Rheinische Pianofortefabrik, vorm. C. Wand), Heilbronn, Liegnitz.
- Modelltischlern nach Hamburg, Garburg a. G., Leipzig (Brause), Büsch (Wiederholz und Schneller).
- Harmonikaltischlern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Altenburg, S.-Meb. (Kahnt u. Uhlmann).
- Parquetlegern nach Weimar (Seyer).
- Stuhlbauern nach H.-S. Holland.
- Korbwaren nach H. Heinfelden in der Schweiz.
- Dreschlern nach Stolp in Pommern.
- Knopfmachern nach Frankenhausen.
- Pantinenmachern nach Eisenberg, S.-A., Kellinghusen.
- Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.
- Werkarbeitern nach Grabow i. M. (Hinzmann).
- Rammern nach Erlangen.

gewalt gegen sie scharf zu machen und ihnen durch Sonderbesteuerung und andere Schikanen die Entwicklung zu erschweren. Schwierig zu entscheiden ist nur die Frage, in welcher Weise diese politische Einwirkung zu geschehen hat. Hier erklärte sich der Referent für die strikte Durchführung des Neutralitätsprinzips. ...

Wenn man die genossenschaftliche Neutralität in diesem Sinne aufstellt, so können auch wir uns damit einverstanden erklären und die Ausführungen des Referenten unterschreiben. Wir sind mit dem Referenten darin durchaus einverstanden, daß es zum Mutin der Genossenschaften führen müßte, wenn man parteipolitische, konfessionelle, nationale oder soziale Gegensätze in die Reihen der Mitglieder tragen wollte. ...

Worten: als Konsumenten sind alle Klassen, ja alle Völker solidarisch; als Konsumenten haben die Menschen keine sich streitenden Interessen, und deshalb haben sie auch keine Veranlassung, gegeneinander Konkurrenz- und Klassenkämpfe und Völkerringe zu führen. ...

Der Referent befindet sich entschieden im Irrtum, wenn er meint, in der Gemeinsamkeit der Konsumenteninteressen lösen sich alle gegensätzlichen Interessen auf. Diese vielgehörte Behauptung klingt ja ganz schön, ist aber total falsch. ...

Die Holzindustrie in den Jahresberichten der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Der Druck der Krise, unter welcher die Wirtschaftslage im ganzen Reiche im Jahre 1908 gelitten hatte und die bis gegen die Mitte des Jahres 1909 andauerte, hat sich auch in Württemberg bemerklich gemacht. ...

Trotz dieser Klagen weist die von den Gewerbeaufsichtsbeamten aufgenommene Statistik eine nicht unbedeutende Besserung der Lage in der Holzindustrie auf. ...

gegenüber dem Vorjahr von 1002 auf 2058 erhöht. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist von 18 328 auf 18 819 gestiegen. ...

Sehr beträchtlich ist die Zahl der Betriebe, in denen Verletzungen der zum Schutze der Kinder und jugendlichen Arbeiter erlassenen Bestimmungen festgestellt wurden. ...

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften über den Arbeiterschutz sind naturgemäß in der Holzindustrie nicht sehr häufig. Neben einem Fall, der Ungelegen und Ausschänge betrifft, wurden in zwei Fällen Verstöße gegen die Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen an den Vorabenden der Sonn- und Festtage festgestellt. ...

In den Berichten der Unfallberufsgenossenschaften begegnet man nicht selten Angaben über die Ursachen von vorgekommenen Unfällen, aus welchen geschlossen werden muß, daß der weitaus größte Teil der Unfälle auf Unachtsamkeit und Leichtsinm der Arbeiter zurückzuführen ist. ...

Das gleiche gilt natürlich nicht nur beim Arbeiten an Transmissionen, sondern auch bezüglich der Handhabung der Schutzvorrichtungen an den Maschinen. ...

Es liegt uns fern, alle vorkommenden Unfälle auf die Schuld der Unternehmer zurückzuführen, bedauerlicherweise ist, trotz der Bemühungen, die sich besonders die Maschinenarbeiter-Sektionen unseres Verbandes geben, das Interesse für die Schutzvorrichtungen bei vielen Arbeitern noch sehr schwach entwickelt. So kommt es, daß Arbeiter wiederholt auf leichtsinnige und gefährliche Handlungen aufmerksam gemacht werden mußten. Beispielsweise wurde ein Arbeiter an einer Hobelmaschine angefahren, in der er in der Vierkantwelle nur ein Messer eingespant hatte, das andere Messer war gerade nicht scharf genug und sollte geschliffen werden. Diese Bemerkung läßt überhens erkennen, daß trotz des anerkanntwertigen Eifers, den die Süddeutsche Holzberufsgenossenschaft in der Beziehung entwickelt, die runde Messerwelle auch in Würtemberg noch nicht allgemein eingeführt ist, es gibt immer noch eine Anzahl Betriebsunternehmer, die sich gegen ihre Einführung sträuben. Das trifft auch hinsichtlich anderer Schutzmaßnahmen zu. In zahlreichen abgelegenen Sägemühlen, welche im Besitz mehrerer Genossenschaften sind, bedurfte es, wie der Beamte für den vierten Bezirk berichtet, noch großer Anstrengungen, um auch nur das notwendigste Maß an Arbeiterschutz durchzuführen.

In sehr beachtlicher Weise läßt sich der Bericht über die Mittel zur Eindämmung der Unfallgefahren aus. Schwere als die sachlichen Verschuldungen, welche zurückgehen, sind die persönlichen Ursachen der Unfälle einzudämmen. Sie sind kurz eine Frage der Kultur. „Auf Seiten des Unternehmers“, heißt es weiter, „ist der Betrieb so zu leiten und zu führen, daß nicht nur der Gewinn des Geschäfts, sondern auch das Wohlergehen der Arbeiter berücksichtigt wird, daß die Arbeitskräfte nicht nur auf die Billigkeit, sondern auch noch auf die Befähigung in Richtung der Unfallverhütung ausgesucht werden. Die Aufsicht über den Arbeiter muß ruhig sein. Aufgeregter Betriebsleiter können dadurch, daß sie den Arbeiter kopflos und aufgeregt machen, mehr Unfälle verschulden, als eine Reihe gefährlicher Maschinen.“

„Auf Seiten der Arbeiter ist Gewissenhaftigkeit bei der Arbeit, Rücksichtnahme auch gegen die Mitarbeiter erste Voraussetzung der Unfallvermeidung. . . . Es dürfte nicht leicht sein, die Nervosität, die durch Existenzfragen, Lohnkämpfe usw. hervorgerufen wird, aus der Welt zu schaffen. Sie hängt zusammen mit der Verschärfung der sozialen Gegensätze. Jeder Streik, durch den der geordnete Betrieb gestört wird, und durch welchen durchgreifende Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft bewirkt werden, dürfte auch eine Steigerung der Unfälle im Gefolge haben. Verringert aber wird die Zahl der Unfälle durch die geistige, technische und sittliche Hebung des Arbeiters, und diejenigen, welche sich dieser Aufgabe unterziehen, gehören zu den wirksamsten Bekämpfern der Unfallgefahren.“

Unser Deutscher Holzarbeiterverband kann für sich in Anspruch nehmen, daß er eine fleißige Tätigkeit auf den genannten Gebieten entwickelt. Eine eifrige Agitation für den Verband hat somit gleichzeitig die Wirkung, die Unfallgefahr in der Holzindustrie bedeutend herabzumindern.

Soziales.

Die Wirkung des Schnapsbottols.

Am 1. Oktober 1909 ist das neue Branntweinsteuergesetz in Kraft getreten, durch welches die auf dem Branntwein liegende Steuerlast bedeutend erhöht, aber die Liebesgabe für die Branntweimbrenner im Betrage von 20 Mk. pro Hektoliter Alkohol beibehalten wurde. Bekanntlich kommt diese Liebesgabe in der Weise zustande, daß die Herstellung von Schnaps kontingentiert wird. Eine bestimmte Menge, die aber kleiner ist, als der durchschnittliche Jahresverbrauch, wird zu dem normalen Satz versteuert, während für die darüber hinaus produzierte Menge ein um 20 Mk. pro Hektoliter höherer Steuerbetrag erhoben wird. Durch diese Steuerdifferenz wird erreicht, daß der innerhalb des Kontingents produzierte, also zu dem niedrigen Satz versteuerte Alkohol ebenso teuer verkauft werden kann als die Menge, für die der höhere Steuerbetrag entrichtet werden mußte. Die Kontingentierung bedeutet also ein bares Geschenk an 20 Mk. für jeden Hektoliter kontingentierten Alkohols an die Adresse der Schnapsbrenner. Das ist die oft erwähnte Liebesgabe.

Mit der vom sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig beschlossenen Böhlerisierung des Schnapses sollte nun erreicht werden, daß der Konsum um mindestens soviel zurückgeht, daß nicht mehr Branntwein verbraucht wird, als das Kontingent beträgt. Tritt dieser Zustand ein, dann gibt es keinen Branntwein, der zu dem erhöhten Satz versteuert wird, für sämtliche in den Verkehr gebrachten Branntwein wird der gleiche Steuerbetrag entrichtet und die Liebesgabe ist auf diesem Wege beseitigt. Dem gestellten Ziele ist man schon ziemlich nahe gekommen. In den elf Monaten, vom 1. Oktober 1909 bis Ende August 1910, für welche jetzt die Uebersicht vorliegt, hat zwar der gewerbliche Verbrauch von Branntwein im Vergleich zu den elf entsprechenden Monaten des Vorjahres eine Steigerung von 1425847 Hektoliter auf 1729190 Hektoliter, also um 21,7 Proz., erfahren. Dagegen ist der Trinkverbrauch von 2300618 Hektolitern auf 1626474 Hektoliter, also um 29,8 Proz. zurückgegangen. Und infolge dieses Rückganges hat sich auch die Erzeugung um 14,9 Prozent vermindert.

Die Regierung steht diesem Erfolg des sozialdemokratischen Schnapsbottols mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Der Leffenlichkeit gegenüber muß man ja freilich

so tun, als ob der Rückgang des Schnapskonsums im Interesse der Volksgesundheit mit Freuden begrüßt würde. In Wirklichkeit erfüllt aber die maßgebenden Kreise tiefes Mißgefühl mit den armen Schnapsbrennern, die so der Gefahr entgehen, ihre Liebesgabe einzubüßen. Der Gefahr muß entgegengewirkt werden. Die Nachricht klingt deshalb sehr glaubhaft, daß der Bundesrat beabsichtigt, für 19010/11 das Kontingent der landwirtschaftlichen Brennereier um 28 Proz., das Brennrecht bezgl. den Durchschnittsbrand um 25 Proz. zu kürzen.

Eine solche Maßnahme hätte wohl den Erfolg, daß die Liebesgabe für die Schnapsbrenner an sich gesichert wird, aber doch die unangenehme Nebenwirkung, daß ihr Betrag reduziert würde, und zwar um 20 Mk. für jeden Hektoliter, um welchen das Kontingent gekürzt wird. Mit einer solchen Maßnahme, durch welche ihr Profit geschnitten wird, sind aber die Schnapsbrenner gar nicht einverstanden. Sie empfinden die Beschnidung ihres Profits als einen Angriff auf ihre heiligsten Güter und suchen nach einem Stützenbock, an welchem sie ihren Lohn auslassen können. Als solcher scheint ihnen die Spirituszentrale geeignet, und einer aus der edlen Kunst der Schnapsbrenner, ein Amtsrat Böldt, liest der Zentrale in der „Schlesischen Zeitung“ recht deutlich den Text. In dem Artikel heißt es:

„Ich kann es nicht verstehen, weshalb die Zentrale in den letzten Jahren gar keinen Branntwein exportiert hat. Selbst wenn sie mit einem kleinen Verlust verkauft hätte, mußte dies meines Erachtens geschehen, um die Lagerbestände zu verringern und infolgedessen den Brennern die Möglichkeit zu geben, zum mindesten ihr gesetzliches Brennrecht auszuüben, eventuell stärker zu brennen und Futter für das Vieh zu schaffen. Hätte die Zentrale den Trinkbranntwein im Inland nur 3 Mk. pro Hektoliter teurer verkauft (der Konsum war noch auf viel höhere Preise gestiegen), so hätte sie ein größeres Quantum exportieren können.“

Dieser Erguß ist in zweifacher Weise interessant. Einmal läßt er den Brenner erkennen, den die Schnapsbrenner über den verminderten Schnapskonsum empfinden, der ihren Profit schmälert. Ein Aergern, der uns mit großer Befriedigung erfüllt und den wir nach Kräften zu steigern bemüht sein werden.

Dann aber zeigt er, mit welcher Stupellosigkeit die Agrarier es gewohnt sind, ihre Profitinteressen zu vertreten. Um das Geschäft zu heben, muß Ware exportiert werden. Abhängenfalls muß der Preis für die ins Ausland gehende Ware herabgesetzt werden. Deshalb braucht aber der Profit noch nicht zu leiden; man hält sich schadlos, indem man die Preise für den Inlandsmarkt erhöht. Die Spirituszentrale hat ja, dank der Bemühungen der Regierung und der Willfährigkeit des Reichstages durch die Art der Steuergesetzgebung das Monopol für den Spiritusverkauf in Deutschland und kann deshalb eine Schröpfung der Konsumenten mit leichter Mühe durchsetzen. Die Agrarier sind übrigens in der Beziehung um kein Haar schlechter als unsere Großindustriellen. Nach dem gleichen Rezept, aus Ausland billig zu verkaufen und den Schaden durch erhöhte Inlandspreise auszugleichen, haben unsere Panzerplattenpatronen und Kaffenbarone jahrelang gehandelt, und schließlich floriert dieses Geschäft auch heute noch.

Dabei wäre der Vorschlag, den Preis des Trinkbranntweins im Inland bedeutend zu erhöhen, gar nicht so übel. Durch eine solche Preiserhöhung würde der Bohlott des Branntweins wahrscheinlich erheblich gefördert werden. Aber auch dann, wenn von einer Preissteigerung abgesehen wird, wollen wir unser möglichstes tun, um eine noch weitere Verringerung des Schnapskonsums herbeizuführen.

In die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission ist der Genosse Max Schippel gewählt worden, der sein Amt zum 1. Januar 1911 antritt. Die sozialpolitische Abteilung, die am 1. April d. J. ins Leben getreten ist, hat die Aufgabe, aus Gewerkschaftskreisen das notwendige Material für die sozialpolitische Gesetzgebung zu beschaffen und besonders auch die Rechtsprechung eingehend zu verfolgen. Außerdem hat die Abteilung die Aufgaben übernommen, deren Erfüllung seither den Kommissionen für Bauarbeiter-schutz, zur Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges sowie der Gewerkergerichtsbarkeit (Arbeitnehmer) oblagen. Als Leiter der sozialpolitischen Abteilung fungiert unser Kollege Robert Schmidt, außerdem gehört ihr der frühere Beamte der Bauarbeiter-schutzkommission, Genosse Dente, als Mitglied an.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Auf die in Nr. 35 erfolgte Ausschreibung zweier Hilfsarbeiterstellen im Bureau des Verbandsvorstandes sind 180 Bewerbungen eingegangen. Die auf Grund § 122 al. 7b des Statuts vom Vorstand und Ausschuh vorgenommene Wahl ist auf die Kollegen Karl Zahn, Tischler in Wilhelmshagen, und Johannes Hambach, Tischler in Plauen i. V., gefallen, welche beide das Amt am 1. November d. J. antreten werden. Die übrigen Bewerber bitten wir, auf diesem Wege von dem Ausfall der Wahl Kenntnis zu nehmen.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 43. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Wir verweisen auf die Anzeige der Verlagsanstalt betreffend den neuen Almanach für das Jahr 1911, und eruchen die Lokalverwaltungen, ihre Bestellungen nicht zu veräumen.

Wiederholte Anfragen veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß alle Maschinenarbeiter und ungelernete Hilfsarbeiter in allen Betrieben der Holzbearbeitung, sowie der übrigen Branchen unseres Verbandes nur in den Deutschen Holzarbeiterverband anzunehmen sind. Für die außerhalb der Werkstätten auf den Holzplätzen beschäftigten Arbeiter gilt das gleiche, d. h. für alle diese Arbeiter ist unser Verband die zuständige gewerkschaftliche Organisation. Zur Vermeidung von Grenzschreitigkeiten hat der Gewerkschaftsbund in Hamburg jede unzulässige Agitation, besonders unter Hinweis auf mehrere Beiträge oder höhere Unterstüttungen, untersagt; solche Aufnahmegehende, die aus anderen Verbänden ohne genügende Abmeldung und Abgrenzung ihrer Verbindlichkeiten austreten oder ausgeschloffen wurden, sollen zurückgewiesen werden und jeder Druck auf vorübergehend in anderen Berufen beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder ist zu unterlassen. Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht. Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft auf Grund vorheriger bestimmt begrenzter Vereinbarungen zwischen den beteiligten Zentralinstanzen. Wir eruchen die Lokalverwaltungen, sich nicht nur selbst nach diesen Kontingentsbeschlüssen zu richten, sondern auch anderen Verbänden gegenüber von demselben Gebrauch zu machen.

Der Verbandsstag in München hat bezüglich der in den Betrieben der Holzindustrie und der übrigen für unseren Verband zulehrenden Branchen beschäftigten jugendlichen Arbeiter beschlossen, daß die Lokalverwaltungen und Vertrauensmänner des Verbandes in allen Orten verpflichtet sein sollen, sie frühzeitig über die Bestrebungen des Verbandes aufzuklären und nach Möglichkeit als jugendliche Mitglieder für den Verband zu gewinnen. Die Aufnahme erfolgt unter den für weibliche Mitglieder geltenden Bestimmungen, jedoch werden ihnen besondere Mitgliederrechte (für jugendliche Mitglieder) verabfolgt, deren Ausübung durch den Verbandsvorstand zu erfolgen hat. Zu diesem Zweck sind die auszufüllten Aufnahmeformulare beim Eintritt jugendlicher Mitglieder an die Hauptkassen einzuliefern, worauf die Zusendung der Mitgliedsbücher umgehend erfolgt. Als jugendliche Mitglieder können nur Arbeiter unter 17 Jahren aufgenommen werden, deren Linge sich von der Aufnahme ausgerechnet. Mit Vollendung des 17. Lebensjahres haben die jugendlichen Mitglieder sich zu vollziehenden Mitgliedern umschreiben zu lassen; das Mitgliedsbuch ist zu diesem Zweck rechtzeitig wieder an die Hauptkasse einzuliefern. In den Vierteljahresabrechnungen der Zahlstellen müssen die jugendlichen Mitglieder stets getrennt von den vollziehenden Mitgliedern aufgeführt werden.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 130284 Karl Paul, Tischler, geb. 1. 4. 84 zu Magdeburg. 202650 Paul Lohse, Stublbauer, geb. 26. 5. 86 zu Johannisbad. 235431 Ulrich Winters, Tischler, geb. 9. 2. 88 zu Seppens. 245029 Johann Korte, Modelltischler, geb. 1. 7. 84 zu Hambrecht.
- 542778 Josef Kraft, Tischler, geb. 9. 2. 87 zu Wien.
- 572325 Otto Viehl, Tischler, geb. 15. 2. 89 zu Neura (Schwarzb.-Müd.).
- 424438 Wilhelm Kelling, Tischler, geb. 24. 9. 91 zu Schöneberg.
- 442060 Johann Schott, Stammacher, geb. 14. 4. 81 zu Kreuznach.
- 454937 Karl Böhinger, Tischler, geb. 12. 12. 78 zu Offenheim.
- 460330 Karl Buchwald, Tischler, geb. 22. 7. 92 zu Straßchen.
- 470361 Karl Müller, Holzarbeiter, geb. 18. 3. 71 zu Neubann.
- 473703 Richard Kallenbrunner, Tischler, geb. 18. 9. 88 zu Salzburg.
- 478316 Bonus Leder, Tischler, geb. 10. 8. 78 zu Breslau.
- 480120 Feliz Neumund, Modelltischler, geb. 23. 10. 92 zu Elberfeld.
- 482469 Max Hoffmann, Tischler, geb. 9. 5. 90 zu Holzlich.
- 484472 Josef Tomsh, Tischler, geb. 20. 1. 82 zu Wien.
- 494453 Heinrich Kuhalt, Stimmacher, geb. 16. 3. 45 zu Bremen.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin (Würstenmacher). Im Frühjahr dieses Jahres haben die Berliner Würstenmacher der Innung einen Entwurf zu einem Tarifvertrag unterbreitet, der dann für Groß-Berlin gültig sein sollte. Nachdem die Unternehmer dieses abgelehnt haben, haben sich die Arbeiter veranlaßt, den Tarif in den Werkstätten, wo die Verhältnisse es zulassen, vorzulegen und zur Durchführung zu bringen. Da der Tarif bis jetzt aber von einer Anzahl Unternehmer noch nicht anerkannt ist, eruchen wir die reisenden Kollegen, Berlin so viel wie möglich zu meiden, auf keinen Fall aber andere, als durch Vermittelung des Arbeitsnachweises im Gewerkschaftshaus Arbeit anzunehmen. Der Innungsnachweis ist für die organisierten Kollegen gesperrt. Auch das Anschauen muß unterbleiben. Wenn die zureisenden Kollegen uns in dieser Beziehung unterstützen, wird es uns auch möglich sein, den Tarif für Berlin allgemein zur Anerkennung zu bringen.

Coburg. In unserer Stadt ist die Industrie seit jeder nur schwach entwickelt. Wenn es in den letzten Jahren der modernen Eismaschinenbranche gelungen ist, sich mehr und mehr Geltung zu verschaffen, so ist das auf die Einwirkung der im oberen Mainale seit langem anfassigen Korbwarenindustrie zurückzuführen, die in Koburg ihre Kapitalisten haben. Diese Industrie zahlt recht niedrige Arbeitslöhne und auch unsere Mitgliederzahl war vor einigen Jahren noch sehr bescheiden. Das ist in letzter Zeit doch etwas anders geworden; besonders im laufenden Jahre haben wir schöne Fortschritte gemacht. Nachdem uns die Abrechnung vom III. Quartal vorliegt, können wir mit Befriedigung auf den zurückgelegten Weg blicken.

Konnten wir doch, trotz der erhöhten Beiträge, nicht nur unsere Mitgliederzahl halten, sondern sie auch beträchtlich vermehren, so daß wir die 200 überschritten haben. Jetzt gilt es für die hiesigen Kollegen, fleißig weiter zu arbeiten und auch fernerhin der Organisation das Interesse entgegenzubringen wie bisher, dann wird auch die Zeit nicht mehr fern sein, wo sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse verbessern lassen. Not tut es schon lange. Sorgen wird insbesondere dafür, daß unser Kampffonds gestärkt wird, dann lassen sich auch Lokalunterstützungen einführen. Wirken wir vor allem dafür, daß auch der letzte Holzarbeiter dem Verbände zugeführt wird, dann wird es uns auch in Zukunft an Erfolgen nicht fehlen.

Gamm. Am 9. Oktober referierte hier Kollege Schweida aus Bremen in einer öffentlichen Holzarbeiter-versammlung. Leider mußte man auch hier wieder wahrnehmen, daß viele unserer Arbeitskollegen ihre Interessen nicht zu wahren wissen. So war von der Möbelfabrik Landmann wohl der Buchhalter und der Werkmeister erschienen, aber von den Unorganisierten kein Mann. Den Kollegen fehlt dort eben jeder Mut. Dafür sind die Arbeitsverhältnisse um so schlechter. Die Löhne schwanken zwischen 32 und 45 Pf., nur einige ältere Arbeiter haben 46 und 48 Pf. und ein einziger erhält 50 Pf. Einen in Not befindlichen Maschinenarbeiter, der im gleichen Betrieb bisher 42 Pf. verdiente, stellte Herr Landmann nach einer Unterbrechung durch Krankheit mit 32 Pf. wieder ein. Es ist sogar schon vorgekommen, daß ein Arbeiter in 3 Wochen 20 Mk. erhielt. Die Kollegen suchen nun dort das Einkommen durch Überstunden und Sonntagsarbeit aufzubessern. Das ist aber der verkehrte Weg, sie sollten lieber Hand in Hand mit uns im Verband arbeiten, dann könnten auch in diesem Betrieb bessere Verhältnisse einzutreten.

Wandsbeck. Am 8. Oktober fand hier eine öffentliche Wandstuhlfabrikantenversammlung statt, in der Kollege Parlung aus Düsseldorf über das Thema: „Arbeiterinteressen und Arbeiterorganisation“ referierte. Von den unorganisierten Wandstuhlfabrikanten waren nur acht Männer erschienen, trotzdem vorher alle brieflich eingeladen worden waren. Jedoch traten von den acht Mann sofort sieben dem Verbände bei. Kollegen, agitiert unter den noch fernstehenden Kollegen und sucht sie für den Verband zu gewinnen. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 5. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Rheinischen Hof“, statt. Sämtliche Kollegen müssen erscheinen.

Singen. In der gegenwärtigen Zeit, wo jeder seine Kräfte dem Verbände widmen sollte, um ein gutes Organisationsgefälle zu schaffen, ist leider eine große Gleichgültigkeit unter den Kollegen eingetreten. Der Versammlungsbesuch läßt viel zu wünschen übrig, ebenso die Beteiligung der älteren Kollegen an den Debatten. Dabei ist es aber notwendig, die wissensdürstigen jüngeren Kollegen heranzubilden und sie zu tüchtigen Kämpfern für unsere Sache zu erziehen, dazu ist aber die Mitarbeit der älteren erfahrenen Kollegen erforderlich. Zur Agitation ist uns auch noch ein großes Feld offen, da heißt es, hinaus auf die Nachbarkorte gehen und die dort arbeitenden Kollegen für uns zu gewinnen, ehe sie der schwarzen Gesellschaft Gefolgschaft leisten. Wenn auch in Singen 97 Proz. der Holzarbeiter organisiert sind, so sollte es doch keinen Stillstand für die Kollegen geben. Die Versammlungen müssen besser besucht werden, bis auf den letzten Mann sollten die Kollegen erscheinen, damit wir uns gegenseitig besser kennen und verstehen lernen. Der Winter steht bald vor der Tür, dann müssen wir geeint dastehen, um jede schäbische Behandlung durch unsere Arbeitgeber sofort abwehren zu können. Witter betragen müssen wir uns aber auch über die durchreisenden Kollegen. Zu Zeiten, wo Arbeitskräfte verlangt werden, will keiner in unserem Grenzorte Beschäftigung annehmen, da will jeder in die schöne Schweiz. Zu anderen Zeiten aber laufen sie in die Werkstätten und verschaffen sich Arbeitsgelegenheit durch Umschauen, trotzdem unsererseits ein Arbeitsnachweis geschaffen wurde. Als eines organisierten Kollegen unwürdig muß es aber bezeichnet werden, wenn ein durchreisender Kollege der Lokalverwaltung auf einem Bettel mitteilt, daß für ihn der Arbeitsnachweis von 12-1 Uhr mittags und 8 Uhr abends an seinen Wert hat und er sich Arbeit durch Umschauen verschaffen will. Der Kollege wird doch gewiß nicht verlangen, daß wir einen Lokalbeamten anstellen, der ständig Arbeit vermittelt. Kollegen! So darf es nicht weitergehen, schließen wir uns besser zusammen, dann bilden wir eine Macht und können unsere Lebenslage verbessern.

Unsere Lohnbewegung.

Zum Kampf auf den Werften.

Die Nachricht vom Ende des Kampfes auf den Schiffswerften war verfrüht. Nach den Abmachungen der Parteivertreter und nachdem die streikenden und ausgesperrten Werftarbeiter, wenn auch mit Widerstreben, die Friedensbedingungen akzeptiert hatten, dürfte angenommen werden, daß sich die Arbeitsaufnahme am Montag, den 10. Oktober, glatt vollziehen würde. Es kam aber anders. In verschiedenen Betrieben wurde versucht, eine Auslese unter den sich meldenden Arbeitern zu halten. Daß die Arbeitsaufnahme nicht sofort auf der ganzen Linie würde erfolgen können, war voranzusehen. Aber die Art, wie in verschiedenen Betrieben die Auslese gehalten und den übrigen gebliebenen in Aussicht gestellt wurde, daß möglicherweise noch längere Zeit bis zu ihrer Einstellung vergehen könnte, mußte notwendig Mißstimmung erregen, die dazu führte, daß auch in solchen Betrieben die Arbeit wieder eingestellt wurde, wo sie teilweise schon aufgenommen war.

Der schwerste Haken war aber die Sicherung der Anteile der Arbeiter an den durch den Streik bzw. die Aussperrung unterbrochenen Aufträgen. Die Arbeiter halten diese Sicherung in einer Resolution als eine Vorbedingung für die Annahme der Vereinbarungen erklärt, und die Vertreter der Unternehmer hatten, als ihnen diese Resolution vorgelegt wurde, keine Einwendungen erhoben. Man mußte deshalb um so eher damit rechnen, daß sich aus diesem Punkte keine Schwierigkeiten ergeben würden, als doch

nicht angenommen werden konnte, daß die reichen Werkbesitzer den Arbeitern verdiente Löhne vorzuenthalten würden. Tatsächlich wurde aber dieser Versuch unternommen, und es mußte noch einmal eine ganze Woche lang verhandelt werden, um diesen Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen.

Zu Anfang suchte man es in der bürgerlichen Presse so darzustellen, als hätten die Arbeitervertreter ihren Auftraggeber hinsichtlich der Akkordüberschüsse Zusicherungen gemacht, zu welchen sie nach dem Ergebnis der Verhandlungen nicht berechtigt waren. Aber bald sickerte die Wahrheit durch. Selbst die „Kölnische Zeitung“, der man eine Voreingenommenheit gegen die Unternehmer gewiß nicht nachsagen kann, schreibt in einem Artikel in ihrer Nr. 1103 vom 14. Oktober: „Sind die Arbeiter der Metallindustrie jetzt im Recht? Man muß sagen: Ja. Aber man muß gleich hinzusetzen: Den Arbeitgebern der Metallindustrie kann man ihre Weigerung nicht übernehmen.“ Nur Begründung dieser Auffassung wird in dem Artikel weiter ausgeführt, daß die Vertreter des Gesamtverbandes der Metallindustriellen, die im Auftrage der Werkbesitzer die Verhandlungen führten, den Arbeitern die fraglichen Zugeständnisse gemacht hatten, ohne sich zu vergewissern, ob auch die Werkbesitzer damit einverstanden seien. Sie hatten das eben auch als selbstverständlich vorausgesetzt. Wenn der Streit nach dem bürgerlichen Gesetzbuch zu entscheiden wäre, meint die „Kölnische Zeitung“ weiter, dann müßten die Arbeitgeber zur Einhaltung der von ihnen Bevollmächtigten getroffenen Vereinbarungen verpflichtet werden. Sie könnten höchstens gegen ihre Unterhändler vom Gesamtverband der Metallindustriellen einen Prozeß auf Ersatz des Schadens anstrengen, der ihnen durch die angebliche Ueberehrung der Vollmacht erwachsen ist.

In demselben Artikel wird die Situation deshalb als recht trübe gefchildert, weil der Geldwert der Forderung gar nicht das entscheidende Moment ist. Die Werkbesitzer haben sich nur widerwillig zum Friedensschluß bereitfinden lassen und machen sich nun den Selbstvorwurf schwächlicher Nachgiebigkeit. Jetzt kommt dazu der Streit über die Auslegung des Friedensinstruments. Um ihre Stimmung zu verstehen, genüge etwas Psychologie und Menschenkenntnis.

„Ist man nämlich schon einmal mit heftigem Strauben nach Canossa gegangen, ein zweites Mal tut man es nicht. Der zweite Gang demüht nicht doppelt, sondern zehnmal.“ Wenn es vielleicht den Arbeitern gelungen sein würde, das Zugeständnis der Auszahlung der Akkordüberschüsse vor dem Friedensschluß ebenfalls zu erreichen, da es in einem Aufwaschen hinging, so darf man daraus noch lange nicht schließen, daß auch die Sondervereinigung über diesen Punkt nachträglich noch glücken müßte. Denn jetzt bedeutet es ein ganz anderes Ansinnen an die Arbeitgeber als vorher. Jetzt sollen sie, die den Frieden für eine Niederlage hielten, nochmals ausdrücklich und vor aller Welt sich zu dieser Niederlage bekennen und sie dadurch vollständig machen. Das tut niemand gern.“

Aus diesen Worten des führenden national-liberalen Blattes, welches enge Beziehungen zu den rheinisch-westfälischen Großindustriellen unterhält, kann man ermesen, welche Schwierigkeiten sich dem endgültigen Friedensschluß entgegenstellten. Die Werkbesitzer haben sich aber trotzdem genötigt gesehen, das ja in Wirklichkeit bereits gemachte Zugeständnis bezüglich der Akkordüberschüsse zu bestätigen. In bezug auf die Wiedereinstellung der Streikenden und Ausgesperrten ist vereinbart worden, daß alle Arbeiter sofort und ohne Benutzung des Arbeitsnachweises eingestellt werden. Die Werften werden den wieder eingestellten Arbeitern so schnell als möglich Arbeit überwiesen. Nunmehr wird die Arbeit in den nächsten Tagen aufgenommen werden, und hoffentlich kommt es jetzt nicht zu neuen Mißverständnissen.

Bezüglich der Bewertung des erzielten Erfolges sei nochmals auf die oben zitierten Worte der „Kölnischen Zeitung“ hingewiesen: „Die Unternehmer haben eine Niederlage erlitten und sich nochmals ausdrücklich vor aller Welt zu dieser Niederlage bekannt und sie vollständig gemacht.“ Wir wollen diesem Urteil von berufener Stelle nichts hinzufügen und beschränken uns darauf, die Werftarbeiter zu ihrem Siege zu beglückwünschen.

In Worna bei Leipzig ist ein Vertrag mit der Tischlerei abgeschlossen worden, welcher den Kollegen die stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit von jetzt 50 auf 46 Stunden am 1. Oktober 1912 bringt. Lohnerhöhung erfolgt sofort und am 1. Oktober 1911 und 1. Januar 1912 je 2 Pf. und am 1. Oktober 1912 nochmals 1 Pf., insgesamt also 7 Pf. Der Mindestlohn beträgt jetzt 40 Pf. und steigt bis 1912 auf 45 Pf., für Arbeiter unter 20 Jahren 33 bzw. 37 Pf. Außerdem regelt der Vertrag die Überstunden und Montagezuschläge.

In der Platanofabrik Gehl und der Harmoniumfabrik Lindholm dauert der Streik noch un verändert weiter. Die Bahnhöfe hat beschlossen, zur besseren Unterstützung der Ausständigen von allen arbeitenden Kollegen einen wöchentlichen Beitrag von 50 Pf. zu erheben. Die beiden Unternehmer werden einsehen müssen, daß die Kollegen ihren berechtigten Forderungen auch Nachdruck verleihen.

In Quer i. Westf. wurden den Schreinermeistern Forderungen unterbreitet. Sie haben darauf nicht reagiert, weshalb die Kündigung auf sämtlichen Werkstätten eingereicht wurde. Wir bitten um Fernhaltung des Zuguges.

In Freiberg in Sachsen ist die Lohnbewegung der Tischler in der Firma Heinrich nach kurzem Streit, in den Innungsbetrieben auf dem Verhandlungswege, mit Erfolg beendet worden. Erzielt wurden 3 Stunden Arbeitszeit-

verkürzung und 2-4 Pf. Lohnerhöhung. Der Erfolg hätte leicht ein größerer sein können, wenn die Organisation in den Innungsbetrieben eine fester gegliederte gewesen wäre. Hoffentlich lernen nun die Freibergener Kollegen, ihre Organisation weiter auszubauen, da sonst zukünftige weitere und bessere Erfolge unmöglich sind.

In Geringwalde, Hartha, Leisnig, Waldheim und Schweitzerhain in Sachsen befinden sich die Stuhlarbeiter in einer allgemeinen Lohnbewegung. Es haben bereits mehrfach mit den Fabrikanten Verhandlungen stattgefunden, welche jedoch zu einem Abschluß noch nicht führten. Der fernere Gang dieser Lohnbewegung ist noch recht unentschieden.

In Heilbronn haben die Arbeiter der Pianofabrik C. F. Glah u. Komp. Forderungen gestellt. Da die Firma ablehnend antwortete, reichten am 14. Oktober sämtliche Kollegen ihre Kündigung ein.

In Kaiserlautern dauert der Streit bei der Firma H. Edel bereits 8 Wochen. Da sich die Firma immer noch nicht zu Unterhandlungen bereit erklärt, ist eine Weiterführung des Streiks notwendig. Zugug ist noch fernzuhalten. Mit den Firmen J. Kunz und W. Wolf wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Mit der Mehrzahl der in Betracht kommenden Betriebe sind nunmehr die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich festgelegt.

In Koblenz dauert der Streit in der Rheinischen Pianofabrik U. G. vom E. Mand un verändert fort. Die Firma rühmt sich ihrer großen Lagerbestände und prahlt damit, daß von 310 Arbeitern 60 stehen geblieben sind. Ihre Hoffnung, die Unorganisierten, die den Betrieb mit verlassen haben, dadurch wankelmütig zu machen, ist aber vergeblich. Alle Kollegen stehen einmütig zusammen und werden den Betrieb nicht früher wieder betreten, bis endlich ordentliche Verhältnisse geschaffen sind. Von den 60 Stehengebliebenen sind übrigens die Hälfte zu den Streikenden übergegangen, und von dem Rest ist ein sehr erheblicher Teil Vorarbeiter usw. Die Zahl der eigentlichen Streikbrecher ist also recht bescheiden, und die Sorte überlassen wir der Firma gern. Wir bitten, den Zugug fernzuhalten.

In Leipzig besteht die Sperre über die Modell-tischlerei der Maschinenfabrik Krause weiter. Die Firma versucht ihre Fabrikarbeiter zur Auffertigung von Modellen zu bewegen und entläßt sie bei Weigerung. Die Entlassenen haben aber bisher stets sofort andere Arbeit gefunden, bei der sie sogar 10 bis 15 Pf. pro Stunde mehr als vorher verdienen. Im Betriebe stehen jetzt nur zwei Modellschleifer, einer der infolge seines hohen Alters nicht gut gehen kann und ein junger Kollege Stabe, der wohl von Lebensstellung bei Krause träumt. — Bei der hiesigen Firma Corius werden die Lehrlinge wenig zärtlich behandelt. Wenn der Inhaber sich mit ihnen herumprügelt, wird mitunter der Mohrtod durch ein Latzestück erjekt. Jüngst mußte sich ein Lehrling dieserhalb in ärztliche Behandlung begeben. Eltern, die ihre Söhne in die Lehre geben, sollten sich deshalb vorher an zuständigen Stellen über den Betrieb erkundigen. Die Kollegen aber dürfen zur Arbeitsvermittlung nur den Nachweis im Volkshaus benutzen. Der Betrieb von Krause ist auch ferner streng zu meiden.

In Minden i. Westf. erzielten die Tischler einen schönen Erfolg. Durch Verhandlungen wurde eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde erreicht. Eine weitere Lohnerhöhung soll am 1. April 1911 gezahlt werden, ebenfalls wird sofort die Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden herabgesetzt. Die Firma Scheidemann wollte diese Abmachungen nicht anerkennen und mußte erst durch einen 14tägigen Streit dazu gezwungen werden, so daß jetzt 84 Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Die Firmen Müller u. Sohn, Kollfing, Lannhäuser und Tever mit zusammen 7 Kollegen haben die Forderungen nicht anerkannt und ist über dieselben die Sperre verhängt. Die Kollegen sind zum größten Teile wieder untergebracht.

In Oberhausen (Rheinl.) hat die Schreinerinnung auf die Einreichung der Forderungen Verhandlungen eingeleitet. Zu einem endgültigen Abschluß haben dieselben noch nicht geführt, sie werden aber fortgesetzt. Zugug ist fernzuhalten.

In Pirna ist der allgemeine Vertrag nun auch von der Firma Kluge anerkannt worden und kann die Lohnbewegung der Tischler nunmehr als auf der ganzen Linie beendet gelten. Dagegen sind die Kollegen in der Kistenfabrik und Sägewerk Leimbrod in eine Lohnbewegung eingetreten.

In Pr. Holland dauert der Streik in der Stuhlfabrik von Rob. Delschläger u. Comp., der schon am 8. August begonnen hat, un verändert fort. Der Unternehmer, der sich bisher vergeblich bemüht hat, seinen Betrieb mit Streikbrechern zu füllen, ist jetzt auf einen neuen Trick verfallen. Er langiert Notizen in die Lokalpresse, durch welche der Anschein erweckt werden soll, als sei der Betrieb mit Unorganisierten besetzt und als ob die noch am Ort vorhandenen streikenden Arbeiter ihn drängen aber vergeblich gebeten hätten, sie doch wieder zu beschäftigen. Dieser Schwindel ist durch eine Verächtung, die unsere Kollegen durch die Presse verbreiten ließen, als das enthillt worden, was er ist. Die Kollegen denken nicht daran, sich zu unterwerfen und halten ihre Forderungen aufrecht. In der Verächtung wird u. a. mitgeteilt, daß 5 der Streikenden zum Magistrat bestellt wurden, wo sie außer dem Bürgermeister Bodzum auch den Gewerbeinspektor vorfanden. Dieser hätte dann versucht, sie zum Austritt aus der Organisation und zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Wenn das zu trifft, dann hat der Herr Gewerbeinspektor eine recht furchtbare Auffassung von seinen Amtspflichten. Dem Institut der Gewerbeinspektion hat er mit einer solchen Dandlungsweise sicher keinen Dienst erwiesen. Die Gewerbeinspektion kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie vom Vertrauen der Arbeiter getragen ist. Ein Gewerbeinspektor, der sich bemüht, Streikbrecher zu werben, ist eine neue Erscheinung, die aber zur Wehrung des Rufes der preussischen Gewerbeinspektion nicht beiträgt. Unsere Kollegen ließen sich übrigens auch durch die Lockungen der Antisprecherin nicht zum Verrat bewegen. Der Streik wird fortgeführt und es wird gebeten, den Zugug auf weiterhinf fernzuhalten.

In Wilsdruff, Rabenberg und Cunnersdorf bei Dresden dauert der Streik der Weichmühlischen nunmehr schon die 8. Woche, ohne daß eine Veränderung im Stand des Streiks eingetreten ist. In Wilsdruff sind es besonders die zwei größeren Firmen Eger und Koch, sowie Gebr. Müller, welche den Streik machen spielen, diese haben einige Kleinkräuter ohne Gehilfen auf ihre Stelle gezogen und bilden so die Majorität im Unternehmerrager. Die sächsische Streikentschädigungsgesellschaft hat bereits angekündigt, daß vor Januar-Februar an eine Beendigung des Streiks nicht zu rechnen sei. Hierdurch haben diese nun andere Arbeit bemühen, die sie auch verhältnismäßig leicht erhalten, trotz der schwarzen Listen. Sollten einigen Unternehmern sämtliche Arbeiter dadurch dauernd verloren gehen, so können sie sich bei Herrn Müller und Schmidts ganz besonders dafür bedanken. Die Unternehmer machen jetzt alle Anstrengungen, um Arbeitswillige aus den eigenen Reihen und von Auswärts zu erhalten, bisher ohne jeden Erfolg und hoffen wir, daß die deutschen Kollegen jeden Bezug nach den Streikorten um Dresden auch fernerhin fernhalten.

Ausland.

Aus der Holzarbeiterbewegung in Frankreich.

Aus Paris wird und geschrieben: Obgleich es mit einer einheitlichen Organisation in Frankreich noch recht im argen liegt und demzufolge von einer einheitlichen Bewegung wenig zu spüren ist, ist es doch in der letzten Zeit zu einer Reihe von partiellen Streiks gekommen. Der Streik bei der Firma Sanyas et Popot, der so viel Staub aufgewirbelt hat, ist nach 17wöchentlicher Dauer aufgehoben und über die Werkstatt die Sperre verhängt worden. Es ist ja bedauerlich, daß für die Arbeiter kein materieller Erfolg erzielt wurde, aber die Tatsache, daß es den Arbeitern gelang, eine der größten Fabriken vier Monate lang in Schwach zu halten, ist eine Kraftprobe, der sich viele Arbeitgeber doch nicht aussetzen möchten. Bei der Firma Schwab, Möbel-Fabrik war ein Streikbrecher von Sanyas et Popot eingestellt worden. Aber den dort arbeitenden Kollegen war eine solche Nachbarschaft nichts weniger als angenehm und sie zwangen deshalb den Streikbrecher, das Feld zu räumen. Infolgedessen entließ der Werkführer 2 Arbeiter, was die anderen veranlaßte, in den Streik zu treten. Sie verlangten die Entfernung des Werkführers, eine Lohn-erhöhung usw. Nach kaum zwei Stunden waren die Forderungen bewilligt, der Streik bei Sanyas war offenbar noch in frischer Erinnerung.

Die Kaufschreiner haben in verschiedenen Werkstätten eine Lohnerhöhung von 5 Cent. durchgesetzt, der Lohn wird dadurch auf 85 Cent. erhöht. Die Arbeitszeit wurde auf 10 Stunden festgesetzt, da noch sehr oft 11 Stunden gearbeitet wurde.

Die Korbmacher in Saumur haben nach einem 4wöchentlichen Streik einen vollen Erfolg errungen. Saumur produziert einen Wein, der sich zu Schaumwein eignet. Die Korbmacher werden mit der Herstellung von Flaschen- und Pfaffen beschäftigt. Die Arbeitsverhältnisse sind die denkbar ungünstigsten. Die Arbeitszeit beträgt in der Saison noch immer 12-14 Stunden, mit einem Verdienst von 2,50-3 Frank pro Tag. Die Arbeiter verlangen und erreichten eine Verbesserung von 50 Cent. pro Tag.

Die Möbelschreiner, Bildhauer usw. in Tours stehen seit 1. September im Streik. Sie verlangen die wöchentliche Kündigung, eine Lohnerhöhung von 10 Cent. (woburd der Minimallohn auf 60 Cent. erhöht würde), Aufschlag von 25 Proz. auf Überstunden. Die Zahl der Streikenden ist 150.

In Paris führen die Arbeiter der Leder- und Möbelfabriken eine Bewegung um die Einführung eines Normaltarifs von 1 Frank die Stunde, mehrere Werkstätten stehen im Streik.

Ein anderer Streik, der größeren Umfang annahm, war der Streik der Ristenmacher und Einpader. Diese Industrie, die infolge des bedeutenden Pariser Handels einen großen Umfang angenommen hat, beschäftigt zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen aller Art, wie Maschinenarbeiter, Zuschneider, Naglerinnen, Einpader und Einpaderinnen usw. Die Industrie wird fast überall im großen und mit Dampf betrieben. Die Arbeitsverhältnisse sind fast überall sehr schlecht geregelt. An den Maschinen fehlen die nötigsten Schutzvorrichtungen, und da mit feberhafter Schnelligkeit gearbeitet wird, so kommen zahlreiche Unglücksfälle vor. Die Frauen, die ursprünglich nur zu leichten Arbeiten, wie zur Herstellung kleiner Nischen verwendet werden sollten, werden immer mehr und mehr zu größeren Arbeiten herangezogen, Arbeiter, denen ihre Kräfte nicht gemessen sind, und wo sie für geringen Lohn Mannesarbeit verrichten müssen. Die Arbeiter verlangen einen Minimallohn von 85 Cent. und 1 Frank die Stunde und Verbesserung und einheitliche Regelung der Arbeitspreise, was namentlich die Frauen betrifft. Da die Forderungen in einer Anzahl Werkstätten bewilligt wurden, so ist der Streik, der zu Anfang allgemein war, heute nur noch partiell und es ist zu hoffen, daß auch die letzten Dickhäute den vernünftigen Forderungen nachgeben werden. 2.

Aus der Holzindustrie.

Die Handhabung der Bestimmungen über die Schlichtungskommissionen.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes an der Spitze der Nr. 41 der „Nachzeitung“ die nachstehende Bekanntmachung:

Die beim Zentralvorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das Deutsche Holzgewerbe einlaufenden Beschwerden unserer Bezirksverbände lassen erkennen, daß in der Handhabung der Geschäftsordnung für die örtlichen Schlichtungskommissionen noch eine gewisse Unsicherheit besteht und von beiden Seiten Fehler vorkommen, welche in Zukunft beseitigt werden müssen.

Es dürfte sich deshalb empfehlen, wenn die Herren Vorstenden der Bezirksverbände nachstehende Grundzüge beachten würden:

1. Die Einberufung einer Sitzung der Schlichtungskommission erfolgt nach vorausgegangener Verhandlung der beiderseitigen Vorstenden und schriftlicher Mitteilung der zu behandelnden Fälle durch den Antragsteller.

2. Keine Partei hat das Recht, eine Sitzung aus dem Grunde abzulehnen, weil ihr der eine oder andere gemeldete Fall zur Behandlung nicht geeignet erscheint, denn erst das Anhören der vorgebrachten Gründe und die Vernehmung von Zeugen kann maßgebend für die Verteilung einer Beschwerde sein.

3. Wird die örtliche Schlichtungskommission durch Anbringung nichtiger oder frivol herangezogener Dinge wiederholt mißbraucht, so sind die Zentralvorstände um Abhilfe anzugehen.

4. Die Sitzungen der Schlichtungskommission sind in der Regel öffentlich, solange sich nicht große Unzuträglichkeiten herausstellen.

5. Die beiderseitigen Obmänner müssen den Mut besitzen, vorgekommene Fehler ihrer Mitglieder oder mißverständliche Auslegung des Vertrages offen anzugeben.

6. Agitatorische Motive haben in der Schlichtungskommission auszuschließen; deshalb sollen sich beide Parteien bemühen, in ruhiger, sachlicher Weise die Differenzen zu schlichten und nicht jede Kleinigkeit auf die Spitze zu treiben.

7. Differenzen, welche sich aus dem Vertrage ergeben, sich unter allen Umständen vor die Schlichtungskommission zu bringen, und nicht vor das Gewerbegericht oder ein anderes ordentliches Gericht. Die Parteien haben streng darauf zu halten, daß der vertragliche Instanzenzug innegehalten wird, und ist jede Einmischung der Gewerbegerichte entschieden zurückzuweisen.

8. Wird ein Streitfall von der Schlichtungskommission, dem Einigungsamt oder den Zentralvorständen geschlichtet resp. entschieden, so gibt es für die betroffenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Berufung mehr an ein anderes Gericht.

9. Die Beschlüsse der Schlichtungskommission sind zu protokollieren. Für die Durchführung derselben haben die Organisationen zu sorgen.

Diese Veröffentlichung richtet sich nur an die Schutzverbandemitglieder und es ist zu begrüßen, daß die Herren, die sich nur schwer an die ihnen aus ihrer Eigenschaft als Vertragskontrahenten erwachsenden Pflichten gemahnen können, von zuständiger Stelle ermahnt werden, es mit ihren Obliegenheiten genauer zu nehmen. Man könnte im Zweifel sein, ob nicht in diesem Falle besser eine Verständigung zwischen den Zentralvorständen der Veröffentlichung des Schriftstückes vorausgegangen wäre. Da jedoch gegen die meisten der aufgestellten Grundzüge auch von unserem Standpunkt aus nichts einzuwenden ist, kann man sich damit abfinden, zumal es doch die Unternehmervertreter in den Schlichtungskommissionen sind, die die Formulierung dieser eigentlich selbstverständlichen Grundzüge notwendig gemacht haben und eine Verfügung des Schutzverbandes vielleicht einen stärkeren Einfluß auf sie ausübt, als eine gemeinsame Bekanntmachung der Zentralvorstände.

Was die Ziffern 7 und 8 der „Grundzüge“ anlangt, so hatten wir doch eine Verständigung zwischen den Zentralvorständen für unumgänglich notwendig. Ob es zulässig ist, die Anrufung des Gewerbegerichtes bei Vertragsschwierigkeiten grundsätzlich auszuschließen, erscheint zweifelhaft. So wünschenswert es wäre, daß derartige Differenzen auf dem von den Verbänden festgesetzten Instanzenzug ihre endgültige Schlichtung erfahren, so könnten doch Fälle eintreten, die ein Abweichen von diesem Wege notwendig erscheinen lassen. Wir verweisen in der Beziehung auf den, von uns in der vorigen Nummer beschriebenen Fall in Köln, wo der Vorsitzende der Schlichtungskommission systematisch darauf ausgeht, diese Körperschaft lahm zu legen. Wie können es in einem solchen Fall unserer Mitglieder nicht verdenken, wenn es seinen begründeten Rechtsanspruch auch dann noch weiter verfolgt, wenn es auf Grund einer objektiv unrichtigen Zeugenaussage von der Schlichtungskommission abgewiesen wird. Solche Unstimmigkeiten lassen es wünschenswert erscheinen, daß die Frage, ob die Gewerbegerichte von der Entscheidung in Streitfällen, die sich aus dem Vertragsverhältnis ergeben, grundsätzlich auszuschließen sind, zum Gegenstand einer gründlichen Aussprache zwischen den maßgebenden Instanzen gemacht wird.

Im Hinblick auf die Ziffer 9 der „Grundzüge“ möchten wir noch den Wunsch aussprechen, daß auch über die Beschlüsse der Zentralvorstände ein Protokoll aufgenommen und in geeigneter Weise veröffentlicht wird. Das ist um so notwendiger, als es sich hier um Beschlüsse der höchsten Vertragsinstanz handelt, denen eine präjudizielle Bedeutung zukommt.

Arbeiterleben sind billig. Wegen fahrlässiger Tötung stand vor kurzem der Schreinermeister Kaim und Bauer vor den Schranken des Landgerichts München I, weil er durch geradzu grenzenlosen Leichtsinns den Tod eines bei ihm beschäftigten Gehilfen verschuldet hatte.

Der Hergang ist kurz folgender: Genannter Meister betreibt eine Schreiner- und fertigt als Spezialität Gartenmöbel an. Die Maschinen werden mit elektrischer Kraft betrieben. Bauer hat u. a. eine mit einer Kreis- säge kombinierte Hobelmaschine. Diese Maschine verwendete Bauer am 11. Mai 1910 als Holzschleifmaschine in der Weise, daß er auf der für die Anbringung eines Kreisjägelblattes eingerichteten Verlängerung der Welle eine Schleifscheibe anbrachte. Da diese Scheibe wider als das sonst auf die Welle geführte Kreisjägelblatt war, blieb für die Anbringung der losen Kleinscheibe kein Raum mehr, weshalb Bauer die Schleifscheibe

lediglich durch eine Schraubenmutter befestigte. Der Motor hatte 1400 Umdrehungen in der Minute, infolge der angebrachten Uebersehung besam die Schleifscheibe jedoch 3600 Umdrehungen in der Minute, wodurch die für Schleifmaschinen zulässige Geschwindigkeit auf das fünf- bis achtfache gesteigert wurde. Im Hinblick darauf, daß die unmittelbar auf die Scheibe angebrachte Schraubenmutter auch in das Holz einbrachte, hätte Bauer damit rechnen müssen, daß ein Zerbrechen der Scheibe wohl möglich ist. Er hatte keine Lei Schutz getroffen. Nichtsdestoweniger gab Bauer seinem Gehilfen Jakob Schmid den Auftrag, an dieser Maschine Holz zu schleifen, und dieser führte, ohne sich vorher zu vergewissern, ob der Meister die Maschine ordnungsmäßig hergerichtet hat, den Auftrag aus. Er hatte indessen noch keine Viertelstunde gearbeitet, als die Schleifscheibe schon zerplatzte. Die Trümmer der Scheibe wurden mit kolossaler Wucht weggeschleudert, ein Stück davon traf den Schmid am Kopf und zerstürmte ihm den Schädel, so daß das Gehirn bloßgelegt wurde und der Tod des verletzten Arbeiters nach drei Stunden eintrat. Bauer wurde wegen fahrlässiger Tötung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Dieses Strafmaß ist nicht gerade dazu angetan, abschreckend auf jene Kleinmeister zu wirken, an deren Arbeitsmaschinen die denkbar größte Schlamperei anzutreffen ist. Es ist daher am Platze, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiter selbst ihr Leben höher bewerten dadurch, daß sie an Maschinen, die keine genügende Schutzvorrichtungen haben, nicht arbeiten.

Der Verband der deutschen Zelluloseindustriellen hat, wie die „Gummil-Industrie“ berichtet, auf die im Frühjahr dieses Jahres seitens der Arbeiter an Bundesrat und Reichstag gerichtete Eingabe um Erlass einer Verordnung zum Schutz der in der Zelluloseindustrie beschäftigten Arbeiter eine „Antwort“ an die gleichen Stellen gerichtet und dem Handelsministerium eine Abschrift dieser „Antwort“ zugehen lassen. Ueber den Inhalt dieser „Antwort“ wird lediglich mitgeteilt, daß sie informativ gefaßt ist. Erwünscht wäre es aber, die Gründe kennen zu lernen, welche die Fabrikanten gegen den Schutz der Arbeiter vor der doch unbestreitbar vorhandenen außerordentlichen Brandgefahr in den Betrieben der Zelluloseindustrie geltend machen.

Schlesische Holzindustrie Aktiengesellschaft vorm. Muschewitz u. Schmidt, Langenb. Wie die Gesellschaft berichtet, ergibt das Geschäftsjahr 1909/10 nach Abschreibungen von 58 778 Mk. (35 500 Mk. im Vorjahr) einen Reingewinn von 130 098 Mk. (90 640 Mk.), wovon eine Dividende von 10 Proz. (7 Proz.) auf das 1 Million betragende Aktienkapital verteilt wird. Für das neue Geschäftsjahr sei die Gesellschaft sehr gut beschäftigt.

Gewerkschaftliches.

Eisenbahnerstreik in Frankreich.

Am 11. Oktober haben die Beamten und Arbeiter auf der französischen Nordbahn die Arbeit eingestellt. Dauf der provokatorischen Maßnahmen der Regierung hat sich der Streik schnell auf die anderen Bahnen ausgedehnt, so daß der Eisenbahnverkehr in ganz Frankreich fast vollständig ruht. Die dadurch hervorgerufene Katastrophe — die Zufuhr von Lebensmitteln, von Kohlen usw. ist äußerst schwierig, wenn nicht ganz unterbunden — wird noch dadurch verstärkt, daß die Arbeiter verschiedener Berufsgruppen die Arbeitseinstellung aus Sympathie mit den Eisenbahnern in Erwägung ziehen oder, wie die Elektrizitätsarbeiter in Paris, damit bereits begonnen haben.

Die französischen Eisenbahnen befinden sich fast durchgehends in den Händen von Privatgesellschaften, die lediglich ihre Profitinteressen im Auge haben. Die Arbeiter der Nordbahn verlangen allgemeine Lohnerhöhung, rückwirkende Kraft für das Pensionsgesetz vom 11. Juli 1909, bessere Arbeitseinstellung, Durchführung eines wöchentlichen Ruhetages sowie feste Anstellung mit einem Minimal-Jahresgehalt von 1850 Frank statt des Tagelohns. Da sich die Gesellschaft trotz monatelanger Verhandlungen ablehnend verhielt, erfolgte die Arbeitseinstellung. In dieser Situation hatte auch die französische Regierung in allererster Linie das Interesse der Unternehmer im Auge. Sie bot Militär zum „Schutz des bedrohten“ Eigentums auf und ließ den streikenden Eisenbahnern die Einberufung zum Militärdienst zugehen. Sie sollten in militärischer Uniform Streikbrochendienste leisten. Die Streikenden leisten aber der Einberufung keine Folge, gestützt auf das Gesetz, welches vorschreibt, daß die Einberufung vierzehn Tage vor dem Einstellungstermin erfolgen muß. Um die Streikenden einzuschüchtern, ist die Streikleitung verhasst worden. Diese Maßnahme hat aber die entgegengesetzte Wirkung ausgeübt.

Daß die Forderungen der Eisenbahner unberechtigt wären, wagen auch ihre Gegner nicht zu behaupten. Aber die aus dem Streik der Eisenbahner für das Gemeinwesen erwachsenden Schwierigkeiten, so meinen sie, zwingen die Regierung, den Ausstand zu unterbrechen. Der Gedanke, daß es doch viel näher läge, die Handvoll Aktionäre zu zwingen, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, scheint diesen Leuten unsachbar. Den französischen Eisenbahnern wäre zu wünschen, daß sie den folgenschweren Kampf nicht vergeblich führen. Denjenigen aber, die es im Widerspruch zu den öffentlichen Interessen stehend erachten, daß die Eisenbahner in Frankreich das Streikrecht besitzen, mögen sich nur dafür verwenden, daß die beschriebenen Wünsche der Eisenbahner die gebührende Würdigung finden. Dadurch werden Eisenbahnerstreiks, die dem Wirtschaftsleben tatsächlich schwere Wunden schlagen, zuverlässiger vermieden als durch Zwangsgerichte, die einer großen Arbeiterkategorie das Streikrecht nehmen.

Internationale Gewerkschaftskongresse.

An der Internationalen Konferenz der Gewerkschaften...

Die Handlungsgehilfen haben eine internationale Auskunftsstelle...

Auf dem Internationalen Schuhmacherkongress...

Auf dem Internationalen Tabakarbeiterkongress...

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände...

Auf Antrag mehrerer Vorstände wurde in eine erneute...

Ein Antrag des Verbandes freier Gast- und Schenkwirte...

Der nächste Gewerkschaftskongress soll einem Beschluss...

Technisches.

Jahrbuch für Holzarbeiter. Das soeben erschienene...

Das Jahrbuch für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes...

Kleine Holzarchitekturen im Stile der Neuzeit betitelt...

Ist die Umwälzung hierbei nicht so stark als bei den Innenarbeiten...

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt...

Warum ich kein Sozialdemokrat bin. Von Dr. phil. Siegf. Edart...

Die Grenzen auf! Erinnerungsblatt an den Demonstrationstag...

Das Erinnerungsblatt bringt neben einigen begleitenden...

Die Kunst zu denken, richtig und erfolgreich zu denken...

Das Geheimnis des genialen Schaffens von G. G. Herausgegeben...

Verband der Fabrikarbeiter. Protokoll des 10. ordentlichen...

Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1910.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, and Unterstüfung haben erhalten. Includes data for various regions like Danzig, Stettin, Breslau, etc.

Im 3. Quartal 1910 wurden 31883 oder 20,2 Proz. der insgesamt vorhandenen...

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist von 8708 im vorigen Quartal...

Die Durchschnittszahl der Tage, für welche Unterstützung...

Der durchschnittliche Betrag der ausbezahlten Unterstützung...

Die Reiseunterstützung ist gegen die Summe des vorigen Quartals...

Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder...

Zum Schlusse fügen wir wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder...

Der Vorstand.

Anzeigen.

Chemnitz, Bureau: Dreßdenerstr. 29 v. Gedruckt von 10-1 Uhr vormittags und von 6-7 1/2 Uhr nachmittags. Dagegen Verbotensnachweis von 10-11 Uhr vormittags. Umschauen strengstens verboten.

Hamburg, Der paritätische Arbeitsnachweis ist am 1. Oktober 1910 eröffnet und befindet sich Hamburg 6, Wüchmannstraße 41. Für den geschäftlichen Verkehr geöffnet von donnerstags 9 bis 1 Uhr. Telefon Gruppe III, 4480 und Gruppe I, 8719.

Das Umschauen im Rahstellsengebiet Hamburg, Wilsdorf, Wandbühl, Wilsdorfstraße und Schiffbaustr. ist strengstens verboten. Die Einstellung der Verträge, währenden darf nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis erfolgen.

Wesling bei München. Der Arbeitsnachweis für Verleger, Verleger, Buchhändler, Buchbinder und alle in der Buchverlagsbranche beschäftigten Arbeiter befindet sich bei Kollegen Georg Schmid, Brauerei Wesling, wobei alle Anfragen zu richten sind. Die Kollegen werden ersucht, nur diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umschauen ist verboten.

Witten, Markt Aonslang, Verordnungsamtler Karl Wagner, Hauptstr. 48. Arbeitsnachweis und Hilfeleistung bei Arbeitsbeschaffung, Wilsdorfstraße 28. Umschauen streng verboten. Herbergs „Germania“.

Witten, Bogel, Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Karl Brochhaus, Wolfstr. 33e. Umschauen strengstens verboten.

Werdau, Sachsen. Der Arbeitsnachweis befindet sich Steinbachstraße 81 links. Es wird ersucht, nur durch diesen Arbeit anzunehmen. Das Umschauen ist verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Eimer, Hermannstr. 29. Dort parität. Umschauen ist strengstens verboten. Die Hilfeleistung wird im Gewerkschaftshaus, Wilsdorfstraße 41, ausbezahlt. An Wochenenden abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Wittenroda. Arbeitsnachweis Hofstraße 59. Umschauen strengstens verboten.

Josef Stephan, Buchn. 458794, sende deine Adresse wegen zu erhaltenden Lohns aus dem Konkurs. E. Andreas, Wilsdorf, Görtliche Gasse 24.

Richard Seidel, Tischler, geb. 17. März 1881. in Kersdorf b. Landau, Schloffen, wird ersucht, seine Adresse an seine Mutter gelangen zu lassen. Verwaltungen oder Kollegen, denen der Aufenthalt des S. bekannt ist, werden um Mitteilung an die Görtlicher Verwaltung, Adresse: R. Götthel, Luisenstraße 8, gebeten. Entsendende Anlagen werden ersetzt.

1 tüchtig Möbelschleifer, d. gut polieren kann, auf gute Kundenarb. sof. f. dauernd verlangt. Aug. Siegel, Tischlerm., Jänickendorf b. Ludwigs.

2-8 tüchtige Möbelschreiner finden dauernde und gutbezahlte Stellung bei G. Wöhler, Möbelfabrik, Spatzungen.

Tüchtiger Bau- u. Möbelschleifer, welcher auch auf Treppen selbständig arbeiten kann, findet dauernde Arbeit gegen guten Lohn. Nur Verheiratete wollen sich melden. G. Laue, Kretzenen a. Harz.

Wir suchen einen tüchtigen Schreiner als Zuschnittler, sowie einen energischen Mann (gelernter Tischler) als Vorarbeiter, welcher in der Lage ist, den Betrieb selbstständig zu leiten. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche erbitten Carl Günter & Sohn, Stuhl- u. Möbelfabrik Buzenhausen b. Stuttgart.

Suche einen Tischler. Aug. Drenthahn, Tischlermeister, Techentin b. Ludwigslust (Mecklenb.).

Tüchtiger Bilderrahmen-Tischler wird für dauernd gesucht. Offerten unter Gehaltsangabe an Paul Teschke, Kunsthandlung, Grandenz.

Einen tüchtigen Bau Tischler sucht Karl Auras, Unruhstadt, Posen.

Tischler auf furnierte Möbel bei dauernder Beschäftigung für Handbetrieb sucht A. Abendroth, Waldruh b. Schüttorf (Holländische Grenze).

Auf bessere Stühle gut eingearbeitete Stuhlbauser sucht W. Lange, Stuhlfabrik Springe, Hannover.

Tüchtige Stuhlpolierer, welche an flotte und saubere Arbeit gewöhnt sind, sucht sofort Paul Böhme, Neuhäusen, Bez. Dresden.

Wir suchen sofort einen tüchtigen jüngeren Drechsler zum Bohren und Polieren von Wasserartefakten. Menze & Falkenstein, Ges. m. beschr. G. Sierlsahn.

Tüchtiger Drechsler auf Bau und Möbel, Aufsetzen v. Gehörnen, Schürren, usw. kann u. selbständigen Führung d. Geschäfts sofort eintreten. Verheiratete, welche Lust zur Übernahme des Geschäfts haben, bevorzugt. Etwas Kapital erforderlich. Elektrischer Betrieb.

Josef Rauber, Raabeburg i. Bbg.

1 Drechsler, auf Wasserartefakten geübt, für dauernd gesucht. G. Gelbe, Drechlerei m. Kraftbetrieb Wismar i. Meckl.

3 tüchtige tüchtigste Korbmacher auf grün Gemalt und Beschlagen für sofort gesucht. Paul Winkler, Perlsdorf i. Nbg.

Gesucht per sofort 2 Korbmacher auf Mattarbeit. Ludw. Behsen, Trittau i. Holl.

Tüchtiger Bauarbeiter auf Wilsdorf, der ev. auch an Kreisböge od. Kräfte arbeiten kann, gegen hohen Lohnlohn gesucht. Lammers & Meinen, Wilsdorf/Barth, Varel, Oldenburg.

Einem Bauarbeiter - Holzschneider bei höchstem Lohnlohn sucht für dauernd Karl Krause, Herzberg a. Elster.

Korbschneider gesucht, der Sortieren und Lagerarbeiten besorgt. Herm. Jos. Schmitz, Wilm. Wilmuthstraße 2.

Bauzeichner Titzen u. Lore, neuest. Stilart. 62 Entwurfs- 7,25. 10 Probeentwürfe, Tor u. sämtl. Titzen meist doppelt, 1,35 Mk. Max Hlex, Zelonatoller, Berlin, Frankfurter Allee 126.

Almanach für das Jahr 1911. Tabellenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes.

Dieser Almanach ist der beste Gewerkschaftskalender, der uns zu Gesicht gekommen ist. Er kann für alle ähnlichen Unternehmungen als Muster dienen. (Metallarbeiter-Zeitung).

Ein durch Vielseitigkeit des Inhalts, Objektivität und geschickte Anordnung gleich ausgezeichnetes, lehrreiches Buchlein. (Soziale Praxis).

Der Kalender gehört zu denjenigen unter den deutschen Gewerkschaftskalendern, die am geschicktesten zusammengestellt und redigiert sind. (Frankfurter Volksstimme).

Es ist ein alter Heber Bekannter, der uns da in geschmackvollem Format und schöner Ausstattung vorliegt. (Düsseldorfer Volkszeitung).

Der neue Almanach erscheint Ende Oktober. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die alte Holzarbeitergewerkschaft in Dresden (mit Bild). Der Deutsche Korbarbeiterverband. Eine schwarze Liste von 1792. Wilhelm Schweggen (mit Bild). Fingerzeige für Reiten ins Ausland. Streik im Faubourg von Paris (mit Bild). Die gebräuchlichsten Möbelmaße. Gute Ratihläge für Redner usw. Wir bitten die Zahlstellenverwaltungen, ihre Bestellungen nunmehr umgehend an uns einzulenden. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Berlin C. 2. Neue Friedrichstr. 2.

Alles zur Laubsägerei. Kerbschnitzerei und Holzbrandmalerei liefert allerbilligst. J.L. Hahn, Maxdorf (Pfalz). Katalog gratis u. franko! Laubsägebholz Cm 93 Pf. an

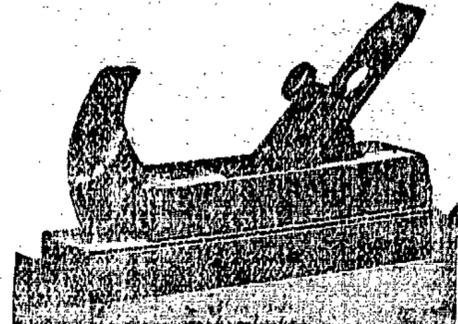
Guittungs-Marken und Kautschuk - Stempel liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Weisenbinderhof 70.

Citerne Spanndrücker liefert extra billig wegen Aufgabe der Tischlerbedarfsartikel à 3,20 Mk. Karl Barth, Liegnitz, Mauerstr. 9.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes. G. m. b. H., Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2. Wir empfehlen nachstehende Werke in neuer Auflage zur Anschaffung: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Von Karl Legien. Zweite umgearbeitete Auflage. Preis 25 Pf. Das Zeigen und Färben des Holzes. Ein Hand- und Hilfsbuch zum praktischen Gebrauch für Tischler, Drechsler u. v. Holz. Zimmermann. 6. Auflage. Preis. Mk. 4.-, mit Porto Mk. 4,20. Moderne Farben auf Holz. Eine Musterkarte mit 100 Farbcantönen (Zeichnungen). Supplement zu vorstehendem Werk. Von: Wilh. Zimmermann. Mk. 6.-, mit Porto Mk. 6,20.

Süddeutsche Eigenart. Sowelt sich solche in der Möbelindustrie äußert, kommt im Sanderbest. München. des „Fachblatt für Holzarbeiter“ zum Ausdruck. Das Heft ist anlässlich des Verbandstages herausgegeben und enthält außer drei in Reichardendruck vorzüglich gelungenen Beiträgen Abbildungen von Arbeiten aus dem Haushalt, dem Walsenhause, den Schulen sowie solche nach Entwürfen fast aller hervorragenden Münchener Künstler. Aus dem Text betreffen nennen wir: Wilhelm Michel: München, die Hauptstadt des modernen Kunstgewerbes. Anton Rath: Schul-, Walsenhause- und Schulbau. Schürat Dr. Herberich: Die technische und künstlerische Ausbildung des Holzarbeiters durch die städtischen Gewerkschaften. A. Hellmeyer: Miniertypen. R. Kreuer: Das Ziel unserer gewerblichen Reformen. Aus der Entwicklung der Münchener Schreinerkunst. Das Heft ist in sich abgeschlossen und hat dadurch auch einzeln einen dauernden Wert. Einzelhefte kosten 50 Pf., im Abonnement das Vierteljahr 1 Mark. Bestellungen sind an die Direktverwaltungen zu richten oder direkt an die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes Berlin C., Neue Friedrichstraße 2.

Neuheiten! Reform-Abziehsteine. Beste Garantie für jedes Stück. 170x60 mm doppelt groß und fein à 2,50 Mk. Fuchsschwanz, zweischneidig D. M. G. W. geköpft 25 cm lang à 2,50 Mk. Patent-Reform-Schweifsäge mit Zieffstellung ohne Stoppveränderung ganz leicht. Bis jetzt unerreicht, auch abgeriffene Schweflsägen verwendbar à 1,90 Mk. Spezial-Gehölz für Lichterwerkzeug-Neuheiten. Preislisten gratis und franko. Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Doppelteufstr. 81.



Reform-Putzhobel „Matador“ gefügig geschliffen, übertrifft unübertreffbar alle bisher existierenden Putzhobel. Verlangen Sie unseren reichhaltigen Katalog über Werkzeuge gratis und franko. Gebr. Genuit, Cassel 12.

Auf höhere Stellen in der Praxis bereiten die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld vor: Fachschulen für Zimmermstr., Holzbildhauer, Kunst- und Möbelschler, Bau-tischler. Anerkennungsschreiben und Ansichtsendungen bereitwillig ohne Kaufzwang. Bonness & Hachfeld, Potsdam w. 10

Tischler-Fachschule Detmold. gegründet 1893. Städt. Schulgebäude, Melster, Werkmeister, Zeichner. Grosse Hör- und Zeichen-Säle. 11 Werkstätten. Programm frei. DIREKTOR BRECHT.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Ersterklassige Lehranstalt. Kirchenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

Tischler-Schule Blankenburg am Harz. 1 bis 12 monatliche Kurse. Unter meiner Leitung sind bisher über 2000 Schüler im Alter v. 17-40 Jahren ausgebildet. Programm frei. Direktor Kleinling.

B. Kolscher's Fachschule Detmold für Tischler u. für gewerbli. Zeichnen. Exterstrasse, Ecke Grabenstrasse. In 3 Monaten: Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit. Auskunft durch die Direktion. B. Kolscher. Zeichenwinkel aus glashelem Zellulose. Vereinfachte rechte Winkel, Transporteur, Winkelstab u. Neigungsbögen in einem Stück. Ist daher der vorzüglichste Zeichenwinkel der Neuzeit. Preis 2 Mk. bei 14x28 cm und 1 Mk. bei 8 1/2 x 10 1/2 cm. G. Miese, Klingenthal i. S.

Laubsägerei. Kerbschnitzerei: Holzbrandmalerei liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen. Hof J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz. Reichhalt. Katalog gratis u. franko. Laubsägebholz von 1 Mark an. Tischlerwerkzeuge, anerkannt fabriziert und hält auf Lager H. Hinstedt, Hamburg, Lge. Mühren 86/87. Preis l. z. Dienst.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23. Nach meinem durch zwei deutsche Reichspatente gesch. neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht: eine sofortige Porenfüllung. man erspart Material, Zeit, Arbeit, erzielt: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, vermeidet: Oelanschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weiße Flecke, sowie Einschlagen der Politur. Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zapollieren der Poren spritlösliches Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird. Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend: 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren 1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren 1 " Patent-Politur zum Reinspolieren 1 " allerfeinsten Politure-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehlsteinen usw. 1 " allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildnerack) 1 " Schleif- und Polieröl, gelblich 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“ 1 " Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Mark-or-Mono“ 1 " Bimsstein-Polierpulver, hellnussbraun 1 Tube Inkrustationskit (Holzkitt), blond, zum Ausklitten schadhafter Holzstellen 1 Stück Korkschiebklotz, 120x75x30 mm zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme. Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren à 8 Mark. Mein Lehrbuch über das Zeilen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattpsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Braun, Prof. Ch. Herm. Waide-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossman, München. Preis Mk. 1,50. Bei Auftragerteilung wird der Betrag zurückvergütet. Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 7 Mark. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Geschäft n. 6. S. in Berlin. Druck: Borchards Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Enger & Co., Berlin SW. 69.